Stand: 17.11.2026 20:28:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3865

"Haushaltsplan 2015/2016; hier: Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre (Kap. 15 03 Tit. 427 90)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3865 vom 30.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4614 des HA vom 13.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4776 vom 10.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014 (EPL 15)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 30.10.2014 **Drucksache 17/3865**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayr, Dr. Herbert Kränzlein, Inge Aures, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Harald Güller, Reinhold Strobl, Annette Karl, Günther Knoblauch, Natascha Kohnen, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild SPD**

Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 Tit. 427 90)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 15 03 Tit. 427 90 werden im Haushaltsjahr 2015 400,0 Tsd. Euro zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre eingestellt.

Begründung:

Im Haushaltsentwurf 2015/2016 ist zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre nur im Jahr 2016 eine Förderung vorgesehen. Die Mittel müssen jedoch bereits 2015 eingestellt werden, da Nachwuchswissenschaftlerinnen aller Fachrichtungen und Hochschulen nach wie vor nicht gleichberechtigt in der Wissenschaft beteiligt sind. Der Frauenanteil an Professuren liegt nach dem Länderranking 2012 der GWK (Gemeinsame Wissenschaftskonferenz) bei 16 Prozent. Bayern nimmt damit im bundesweiten Vergleich den vorletzten Rangplatz ein. Frauenförderprogramme sind nach wie vor unabdingbar – auch für die Qualitäts- und Zukunftssicherung des Wissenschaftsstandorts Bayern.

Das Förderprogramm des Freistaats ist ein wichtiges Instrument, exzellente Nachwuchswissenschaftlerinnen auf dem Weg der Professur zu begleiten.

Es gibt regelmäßig wesentlich mehr Bewerberinnen für dieses Förderprogramm als letztlich aufgrund der unzureichenden Finanzmittel aufgenommen und gefördert werden können. Die Situation ist insbesondere auch deswegen dramatisch, weil es bis 2006 eine stärkere finanzielle Förderung durch das Bund-Länderprogramm HWP (Hochschul- und Wissenschaftsprogramm) gegeben hatte. Bayernweit standen damals ca. 4,5 Mio. Euro zur Verfügung. Im Durchschnitt wurde damals etwa ein Drittel der Frauen, die in Bayern 2001 bis 2006 an Habilitationen arbeiteten, ein Jahr lang durch das HWP-Fachprogramm gefördert.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4614 des HA vom 13.11.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.12.2014 **Drucksache 17/4776**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 15 werden abgelehnt:
Drs. 17/4614

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
   (Kap. 15 02 Tit. 531 11)
   Drs. 17/3637

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Inklusive Studienbedingungen an allen Hochschulen verwirklichen
   (Kap. 15 02 TG 74)
   Drs. 17/3638

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Englischsprachige Ausgabe der historisch-kritischen Edition von "Mein Kampf"
   (Kap. 15 03 neuer Tit.)
   Drs. 17/3639

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Streichung des Zuschusses an die Internationale Herrenchiemsee Festspiele gGmbH
   (Kap. 15 05 Tit. 686 03)
   Drs. 17/3640

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Erhöhung der Mittel für private Musikschulen und freiberufliche Musikpädagoginnen und Musikpädagogen
   (Kap. 15 05 Tit. 686 05)
   Drs. 17/3641

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Keine Kürzung des Kulturfonds
   (Kap. 15 05 TG 69 – 70)
   Drs. 17/3642

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Förderung des künstlerischen Nachwuchses aufstocken
   (Kap. 15 05; Tit. 686 76)
   Drs. 17/3643

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. dauerhaft fördern
   (Kap. 15 05 neue TG)
   Drs. 17/3644

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Studierendenwerke stärken
   (Kap. 15 06 Tit. 686 05)
   Drs. 17/3645

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Ersatzmethoden zu Tierversuchen: Forschungsförderprogramm auflegen
    (Kap. 15 06 neue TG)
    Drs. 17/3646

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Kein Einkauf von Versuchstieren
    (Kap. 15 09 Tit. 532 81)
    Drs. 17/3647

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Keine Planung zur Errichtung eines Forschungsgebäudes für ein interdisziplinäres Zentrum für nanostrukturierte Filme
    (Kap. 15 19 Anlage S Tit. 732 51)
    Drs. 17/3648

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Stärkung der Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften
    (Kap. 15 49 TG 78)
    Drs. 17/3649

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Interdisziplinäre Forschung für Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit – Wettbewerb für ein Interdisziplinäres Transformations- bzw. Nachhaltigkeitsforschungszentrum
    (Kap. 15 49 neue TG)
    Drs. 17/3650

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Musikhochschulen
    (Kap. 15 59, 15 62 und 15 63, jeweils Tit. 428 01 und 427 73)
    Drs. 17/3651

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: 1 Stelle für Provenienzforschung in der Landestelle für die nichtstaatlichen Museen
    (Kap. 15 74 Tit. 428 01)
    Drs. 17/3652

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: 1 Stelle für Provenienzforschung im Zentralinstitut für Kunstgeschichte
    (Kap. 15 75 Tit. 428 01)
    Drs. 17/3653

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Zusätzliche BAföG-Mittel in die Hochschulen investieren:
    Aufstockung der Grundfinanzierung und des Studienplatz-Ausbauprogramms
    (Kap. 15 06 TG 86 und neue TG)
    Drs. 17/4072

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Kostenreduzierung der Zeitschrift „aviso“
    (Kap. 15 02 Tit. 531 11)
    Drs. 17/3813

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anschubfinanzierung für Stiftung „Kulturerbe Bayern“
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3814

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3815

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Netzwerks Bayerischer Städte STADTKULTUR
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3816

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/3817

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/3818

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung Lehrstühle Allgemeinmedizin Bayern
(Kap. 15 18 Tit. 682 01,
Kap. 15 22 Tit. 682 01)
Drs. 17/3819

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/3820

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für die Hochschule für angewandte Wissenschaften – Fachhochschule Landshut
(Kap. 15 38 Tit. 422 01 und 428 01 und TG 78)
Drs. 17/3821

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Technischen Hochschulen
(Kap. 15 49 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/3822

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Technologiecampus Ansbach
(Kap. 15 34 Anlage S)
Drs. 17/3823

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bedarfsgerechte Finanzausstattung für das Glasmuseum Frauenau
(Kap. 15 70 Tit. 429 81, 517 81, 531 81, 536 81, 546 81 und 812 81)
Drs. 17/3887

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
    (Kap. 15 03 Tit. 427 90)
    Drs. 17/3865

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
    (Kap. 15 05 Tit. 686 05)
    Drs. 17/3866

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Orchester
    (Kap. 15 05 Tit. 685 75)
    Drs. 17/3867

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Reinhold Strobl u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
    (Kap. 15 05 Tit. 633 80)
    Drs. 17/3868

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
    (Kap. 15 05 TG 91)
    Drs. 17/3869

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V.
    (Kap. 15 05 neue TG)
    Drs. 17/3870

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.
    (Kap. 15 05 neue TG)
    Drs. 17/3871

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Zuschüsse an die bayerischen Studentenwerke
    (Kap. 15 06 Tit. 686 05)
    Drs. 17/3872

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern: Koordinierungsstelle Genderforschung in Bayern
    (Kap. 15 07 neue TG)
    Drs. 17/3873

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Sanierung von Gebäuden der Universität Erlangen-Nürnberg
    (Kap. 15 19 Anlage S neuer Tit.)
    Drs. 17/3874

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: 1.000 zusätzliche volle Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten
    (Kap. 15 28 Tit. 428 01)
    Drs. 17/3875

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
Drs. 17/3876

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 17/3877

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellen für Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen
(Kap. 15 70 Tit. 422 01)
Drs. 17/3878

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern
(Kap. 15 74 TG 74 und neuer Tit.)
Drs. 17/3879

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
Drs. 17/3880

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben für Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/3907

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Reserl Sem
Abg. Reinhold Strobl
Abg. Günther Felbinger
Abg. Thomas Gehring
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Abg. Claudia Stamm
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Abg. Verena Osgyan
Abg. Karl Freller
Abg. Isabell Zacharias
Abg. Oliver Jörg
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle
Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Martin Güll
Abg. Margarete Bause

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 6 und 7** auf:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3970 mit 17/3975, 17/4005 und 17/4141)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3769 mit 17/3779)
Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3801 mit 17/3812 und 17/3980)
Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4038 mit 17/4058 und 17/4075)

und

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3948 mit 17/3960, 17/4006, 17/4135 mit 17/4138)
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3865 mit 17/3880 und 17/3907)
Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/3813 mit 17/3823 und 17/3887)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3637 mit 17/3653 und 17/4072)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden beschlossen. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 33,5 Minuten, auf die SPD-Fraktion 21 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 33,5 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3821 namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Zuerst muss ich auf der elektronischen Übersicht nachsehen. – Darauf steht der erste Redner nicht. Dann müssen wir auf das analoge Verfahren zurückgreifen. - Bitte schön, Frau Kollegin Sem, Sie haben das Wort.

Reserl Sem (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Allen Kollegen, die noch draußen sind, wünsche ich zur Mittagszeit einen guten Appetit. - Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht gemäß Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Das gilt heute auf den Tag genau seit 66 Jahren. Dieses Menschenrecht ist ein zentrales Instrument, um die Verwirklichung anderer Menschenrechte zu fördern. Der menschliche Anspruch auf freien Zugang zu Bildung, auf Chancengleichheit und auf den Schulbesuch ist das höchste Gut. Die Bayerische Staatsregierung hat es immer so gehalten. Jeder Mensch hat sein Potenzial. Der Freistaat setzt sich dafür ein, dass es jedem möglich gemacht wird, seinem Talent, seiner Begabung in allen Schularten gerecht zu werden. Aus meiner Sicht stellt sich das so dar, dass die Durchlässigkeit der Start für das duale Ausbildungssystem und das Studium ist. Ich darf hinzufügen: Deshalb ist kein staatliches Tätigkeitsfeld in Bayern in den letzten Jahrzehnten so stark ausgebaut und verbessert worden wie das Bildungswesen.

Der Mittelzuwachs ist das eine. Entscheidend ist, was mit dem Geld angefangen wird. Bayern ist nach wie vor in der Bildung gut aufgestellt. Noch nie gab es eine so gute Lehrer-Schüler-Relation wie heute. Wir wissen, dass im Schnitt rund 14 Schüler auf einen Lehrer kommen. Ganz selbstkritisch füge ich hinzu, dass natürlich auch Unterrichtsstunden ausfallen oder manche Klassen eine größere Stärke aufweisen. Dabei ist auch an den Erhalt der "kleinen Klassen" auf dem Dorf zu denken.

Lassen Sie mich ein paar Aussagen zum Gesamtvolumen des Einzelplans 05 machen. Erstmals liegt das Ausgabenvolumen des Einzelplans 05 bei über 11 Milliarden Euro pro Jahr. Im Jahr 2015 wird es bei etwa 11,2 Milliarden Euro, im Jahr 2016 bei rund 11,5 Milliarden Euro liegen.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Staatssekretär, das ist für das Haus Aufgabe genug. Ich sage ein herzliches Dankeschön für die gute Arbeit, aber auch für die Aufnahme und Verwirklichung von Gedanken. Die Leistungen für Bildung und Wissenschaft liegen bei über einem Drittel des Staatshaushalts. Die CSU-Fraktion setzt mit dieser weiteren Ausweitung des Bildungsetats einen Weg mit den Zukunftsfeldern Bildung, Wissenschaft und Forschung konsequent fort. Wir wollen die Zukunftsfragen dieser Zeit beantworten und gemeinsam dafür sorgen, dass Bayern seine Wettbewerbsfähigkeit behält und die Arbeitslosenzahlen weiterhin gering bleiben. Wir wollen nach wie vor das Bildungsland Nummer 1 bleiben.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir halten Versprechen und setzen neue Akzente. Bildung und Erziehung stärken die Persönlichkeitsentwicklung jedes Einzelnen und die Zukunft des Landes - Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Auch deshalb hat die CSU-Fraktion im Februar 2014 beschlossen, dass Lehrerstellen, die aufgrund des weiteren Schülerrückgangs wegfallen würden – wir reden über die demografische Entwicklung –, während der gesamten laufenden Legislaturperiode im Schulsystem verbleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kerstin, du hast dich dafür stark eingesetzt.

(Zuruf: Schwacher Applaus!)

- Das würde ich nicht so sehen. – Die Stellen sollen insbesondere für den weiteren Ausbau der Ganztagsschule, die Stärkung kleinerer Grundschulstandorte und für die Inklusion bereitgestellt werden. Für den Doppelhaushalt 2015/2016 bedeutet dies konkret – das möchte ich ganz deutlich hervorheben -: Die aus der demografischen Rendite resultierenden 2.193 Stellen bleiben vollständig im Schulbereich. Damit wir unseren Lehrerinnen und Lehrern gerecht werden, wird das Hebungsprogramm im Rahmen des neuen Dienstrechts fortgesetzt. Es ermöglicht erneut eine Vielzahl von Stellenhebungen im schulischen Tätigkeitsbereich.Mit dem Hebungsprogramm "Neues Dienstrecht" können insgesamt 2.750 Beamte höhergruppiert werden. Auch dafür darf ich Kollegin Heckner ein Dankeschön sagen. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes wird hierzu die Basisarbeit geleistet.

(Beifall bei der CSU)

Mein aufrichtiger Dank gilt allen Pädagogen im Schuldienst, die an den Schulen, geprägt von Empathie, ihre Arbeit leisten und Wissen vermitteln. Wir werden unser erfolgreiches Bildungswesen beibehalten. Zum Vergleich führe ich auch an: Wir wollen keine Verhältnisse wie in Berlin, wo über den Zugang zum Gymnasium per Los entschieden wird. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir das in Bayern nicht brauchen. Bei uns ist immer noch die gute Leistung gefragt.

Wir stellen aber auch fest, dass unsere Schülerinnen und Schüler bei den internationalen Tests immer noch weit vorne liegen. Deshalb mein ganz großer Dank an unsere Schülerinnen und Schüler, die Enormes leisten und sich schon jetzt bereit machen, die Zukunft Bayerns zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren setzen wir uns für die Ganztagsgarantie ein. Ich stehe dazu. Das ist nicht verpflichtend, sondern soll mit der Schulfamilie, also der jeweiligen Schule, auf den Weg gebracht werden. Dafür werden im Doppelhaushalt insgesamt 420 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ich darf mich auch bei der Fraktion bedanken. Wir haben dies erkämpft. Wir wissen, wie Fraktionen ticken. Mittels dieser Fraktionsunterstützung wurden 9,7 Millionen Euro bereitgestellt.

Die Begabtenförderung ist uns ein großes Anliegen. Wir haben im Doppelhaushalt hierfür 700.000 Euro je Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt. Die Digitalisierung der Schulen treibt uns alle an. Im Doppelhaushalt werden 5,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um zum Beispiel den Erwerb von Lizenzen für ein Videokonferenzsystem zu ermöglichen.

Das Stichwort Schulgeldersatz für Privatschulen hat uns im Haushaltsausschuss sehr umgetrieben. Ich darf mich ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Das Privatschulgeld wurde wieder erhöht; das stimmt. Ganz ehrlich – da darf man etwas selbstkritisch sein –, wir könnten uns schon noch etwas mehr vorstellen. Ich darf aber auch ganz offen sagen: Als Haushälterin muss ich den Gesamthaushalt im Auge haben. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist zurzeit möglich.

Ein großer Punkt ist die Umsetzung unseres Programms "Bayern - Barrierefrei 2023". Den Baumitteln, die schon zur Verfügung stehen, wurde für 2015 und 2016 jeweils noch eine halbe Million Euro hinzugefügt. Ich möchte aber auch noch erwähnen, dass die Hochbaumittel um eine zusätzliche Million Euro auf 21 Millionen Euro in jedem Haushaltsjahr angehoben worden sind.

Auch die Erwachsenenbildung – hierfür darf ich mich bei der Fraktion bedanken – wird zusätzlich mit 1 Million Euro gestärkt. Gerade die Alphabetisierung und die Grundbildung sind ein Input und eine große Stärke unseres Bildungssystems. Wir wissen: Soziale Teilhabe und Integration gelingen nur mit einer gewissen Grundbildung. Ich

meine, in diesem Bereich sind wir gut aufgestellt. Gerade die von mir vorhin angeführte Erwachsenenbildung ist eine Stärke.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns ist auch die Zuwendung an die Stiftung Bayerische Gedenkstätten im Jahr 2015 von besonderem Wert. Lieber Charly, ich darf mich bei dir bedanken. Wir haben um mehr als 1,6 Millionen Euro aufgestockt, haben vor allem auch Mittel für das im nächsten Jahr stattfindende 70-jährige Gedenken an die Befreiung der Konzentrationslager Mittel bereitgestellt. Wir haben aus der Fraktionsreserve die Mittel zur Errichtung eines behindertengerechten Zugangs zu den Gedenkstätten um 300.000 Euro aufgestockt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Bildung ist in Bayern grundtief und vielfältig. Sie ist vielfältig in der Ausstattung. Das Bildungshaus steht. Den Schlüssel für eine gute Zukunft haben die Schülerinnen und Schüler in der Hand.

Ich bedanke mich beim Minister, beim Staatssekretär, bei Herrn Waschler als Arbeitskreisleiter, bei Herrn Winter und beim gesamten Haushaltsteam. Wir haben stark gerungen. Ich sage auch an die Fraktionsspitze vielen Dank für die Unterstützung. Jetzt bitte ich darum, den Bildungsdoppelhaushalt 2015/2016, zu dem ich sagen darf, dass er gut unterfüttert ist und gut dasteht, zuzustimmen. Mit einem kleinen Augenzwinkern, da wir ja in China waren, zitiere ich Konfuzius: "Wenn du liebst, was du tust, wirst du nie wieder in deinem Leben arbeiten." In diesem Sinne nehmen wir die Arbeit freudig an. Stimmen Sie unserem positiven Schulhaushalt zu!

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich Kollegen Strobl das Wort erteile, darf ich noch einmal darauf hinweisen: Nicht nur zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3821 wurde namentliche Abstimmung beantragt – darauf habe ich schon hingewiesen –; sondern auch die beiden Abstimmungen über die Haushaltspläne sollen in namentlicher Form stattfinden. - Nächster Redner für die SPD-Fraktion ist Kollege Strobl.

Reinhold Strobl (SPD): Herr Präsident, liebe an der Bildungspolitik interessierte Kolleginnen und Kollegen! Den anderen wünsche ich noch einen guten Appetit. – Ich habe vorhin etwas erlebt, was eigentlich selten ist. Kollegin Sem, Sie haben das Wort "selbstkritisch" gebraucht. Das vermisse ich bei der CSU sehr oft.

(Widerspruch von der CSU)

Ich muss sagen: Frau Sem, Kompliment.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in meiner letzten Rede zum Einzelplan 05 habe ich gesagt, die Bereiche Bildung und Jugend eigneten sich nicht zum Sparen; hier müsse Geld in die Hand genommen werden; dazu sei es notwendig, dass mit einer entsprechenden Haushaltspolitik und einer gerechten Steuerpolitik dafür gesorgt wird, dass entsprechend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dieser Satz gilt nach wie vor.

Durch unsere, durch die Politik der SPD, hat auch der Freistaat mehr Geld bekommen – zum einen zum Beispiel durch das Verhandlungsgeschick unseres Landesvorsitzenden Florian Pronold, zum anderen zum Beispiel auch durch die Steuer-CDs, die der Herr Finanzminister nicht kaufen wollte. Er hat sich geweigert. Da der Bund den Landesanteil an den Kosten für die Gewährung von BAföG ab 2015 übernimmt, kommen uns 155,1 Millionen Euro zugute.Sie profitieren, ohne etwas beizutragen.

Ein moderner Staat braucht ein innovatives und gut ausgestattetes Bildungssystem. Bildung unterliegt einem dauernden Wandel, und zwar von den Inhalten her, pädagogisch und organisatorisch. Die Herausforderungen in unseren Schulen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Der demografische Faktor spielt auch hier eine große Rolle. Wir wissen doch, dass es Regionen gibt, die Menschen, Schülerinnen und Schüler verlieren, und Regionen, wohin Menschen ziehen, wo Kinder dazukommen. Es kommen Flüchtlinge; die Kinder beherrschen die deutsche Sprache nicht und hatten traumatische Erlebnisse. – An dieser Stelle möchte ich ein herzliches Danke von mir und meiner Fraktion an die Menschen draußen im Lande sagen, welche sich

jetzt wirklich um die hilfsbedürftigen Menschen kümmern, ihnen helfen, ihnen beistehen. Das war leider nicht immer so ausgeprägt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Verantwortungsbewusste Politikerinnen und Politiker müssen alles unterlassen, was dazu beitragen würde, das sich das zum Negativen ändern würde.

Erlauben Sie mir deshalb ein paar Worte zur Sprache. Es gibt Gott sei Dank in Bayern viele Menschen, die viele Sprachen sprechen oder auch ihre Mundart. Momentan gibt es eine große Diskussion darüber, welche Sprache in Zukunft in der Familie zu sprechen ist. Im Leitantragsentwurf für den CSU-Parteitag am Wochenende heißt es: "Wer dauerhaft hier leben will, soll dazu angehalten werden, im öffentlichen Raum und in der Familie Deutsch zu sprechen". – Ich gebe der CDU nicht gerne recht. Aber wenn sogar der CDU-Generalsekretär Peter Tauber twittert, "Ich finde ja, es geht die Politik nichts an, ob ich zu Hause lateinisch, klingonisch oder hessisch rede", dann muss ich sagen: Dieser Mensch hat recht. Ich persönlich würde es mir auch verbitten, wenn ich zu Hause mit meiner Frau nicht mehr oberpfälzisch reden dürfte.

(Josef Zellmeier (CSU): Das ist doch Deutsch! Gutes Deutsch!)

- Ja, aber manche verstehen es nicht. Welche Sprache darf dann im Landtag gesprochen werden? Ist Schwäbisch, Fränkisch oder Oberpfälzisch dann noch erlaubt? Die Weihnachtsgeschichte von Ludwig Thoma, die "Heilige Nacht", wird, wenn sie im Original gelesen wird, nicht einmal von allen Bayern verstanden. Darf diese Geschichte dann nicht mehr verlesen werden, weil sie nicht überall in Deutschland verstanden würde?

(Alex Dorow (CSU): Das ist alles Deutsch!)

Was machen wir eigentlich mit Urlaubern aus fernen Ländern? Was machen wir mit den Amerikanern in Grafenwöhr und in Vilseck? Dürfen die zu Hause auch nicht mehr

Englisch reden? Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Sie mit Ihrem abstrusen Vorschlag auch der Wirtschaft schaden?

(Zuruf von der CSU: Ist der Haushalt so gut, dass man dazu nichts sagen muss? – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Kein Wort zum Haushalt!)

Ich spreche zu den Inhalten der Bildungspolitik. Natürlich ist es wichtig, dass jeder Deutsch gut lernt. Nützt es denn aber nicht der Zukunft unseres Landes, wenn die Menschen, die zu uns kommen, auch ihre Heimatsprache weiter sprechen? Wir machen heute mit der ganzen Welt Geschäfte. Wir sind darauf angewiesen. Dazu brauchen wir Menschen, welche die Sprache dieser Länder sprechen, mit denen wir Geschäfte machen wollen.

(Karl Freller (CSU): Thema verfehlt!)

Diese Fragen müssen erlaubt sein. Wenn jemand eine so bescheuerte Feststellung trifft, muss die Frage erlaubt sein, ob dann die Eltern zu Hause ihren Kindern keinen Nachhilfeunterricht in Englisch oder einer anderen Sprache geben dürfen.

(Karl Freller (CSU): Das ist doch Themaverfehlung!)

Diese Fragen mögen abstrus klingen, aber wenn Sie abstruse Vorschläge machen, dann müssen solche Fragen erlaubt sein, tut mir leid. Das habe ich jetzt einfach sagen müssen, so wie heute auch ein Kollege von Ihnen gesagt hat: Das muss ich jetzt sagen.

Wir wissen, in unserem bayerischen Schulsystem gibt es durchaus Schwachstellen. Das müssen auch Sie erkennen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Sie müssten vor allem bereit sein, so wie die Kollegin vorhin sagte, Selbstkritik zu üben, über Veränderungen, über Verbesserungen nachzudenken, sie zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen und das System zu verbessern.

Ich habe gerade von Flüchtlingskindern gesprochen. Wenn in kleinen Schulen ein oder zwei Flüchtlingskinder kommen, gibt es da ausreichend Hilfe, damit sie die Sprache erlernen können? Werden traumatische Erlebnisse aufgearbeitet? Werden die anderen Kinder in der Klasse darauf vorbereitet? Gibt es ausreichend Psychologen? Der BLLV forderte vor Kurzem ein Notprogramm für die Flüchtlingskinder. Gibt es auch dafür ausgebildete Lehrer? Warum absolvieren jährlich Tausende teuer ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer die Lehrerbildung, ohne eine Anstellung zu finden, obwohl sie gebraucht würden? Es ist doch nicht so, dass sie nicht gebraucht würden. Ich höre immer wieder, dass eine Klasse sich selbst beschäftigen muss, weil kein Lehrer da ist.

Ich möchte den Mitgliedern unserer Arbeitsgruppe Dank sagen, an der Spitze unserem Vorsitzenden Martin Güll, der die entsprechenden Anträge erarbeitet hat. Wir haben im Haushaltsausschuss darüber gesprochen.

Wir haben eine Reihe von Anträgen gestellt und es geschafft, die Streichung von Lehrerstellen zu verhindern. Mit unserem Antrag wollten wir die Rückholung von 773 Stellen aus der demografischen Rendite und Qualitätsverbesserungen mit weiteren Stellen an allen Schularten. Es ging auch darum, dass jungen Lehrerinnen und Lehrern ein Anstellungsangebot gemacht wird. Das ist alles abgelehnt worden. Wir wollten eine Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm "Ganztag und Pädagogik". Nur 5,9 % der Schülerinnen und Schüler können in Bayern eine pädagogisch qualifizierte, gebundene Ganztagsklasse besuchen. Wir wollten die Fortbildungsbedarfe, zum Beispiel im Bereich der Inklusion, decken und die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen fördern.

Das ist nur ein kleiner Querschnitt dessen, wo es überall fehlt. Wir wollten die Jugendkunstschulen stärken. Wir setzen uns für Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte ein, weil wir der Meinung sind, dass zur Bildung alles gehört, was der Mensch im Leben braucht. Das ist eben nicht nur Mathematik.

Ich danke den Kollegen, dass wir auch einen Antrag zu Mödlareuth gestellt haben. Wir haben das Jubiläumsjahr der Grenzöffnung 1989 aufgegriffen. Wir wollten, dass das innerdeutsche Museum finanziell besser ausgestattet wird.

Jeder fünfte Erwachsene in Bayern kann nicht richtig lesen und schreiben. In Deutschland sind 17,5 % der Erwerbstätigen funktionelle Analphabeten. Das sind erschreckende Zahlen, die deutlich machen, dass es viele Menschen gibt, die dringend Förderung und Hilfe bräuchten. Ich kann mich erinnern, dass einmal von Ihnen geplant war, alle Mittel für die Erwachsenenbildung zu streichen. Die eingeplante zusätzliche Million Euro betrifft nur das nächste Jahr 2015. Was ist denn 2016? Wir haben einen entsprechenden Antrag dazu eingebracht.

Noch einmal zurück zur dualen Ausbildung. Sie ist uns sehr wichtig. Wenn man in andere Länder kommt, zum Beispiel nach Tschechien oder wohin auch immer, stellt man fest, dass junge Menschen fehlen, die einen Beruf ergreifen können. Die berufliche Bildung ist eine wichtige Sache, zu der wir stehen. Auch im Bereich berufliche Bildung fehlen Lehrerinnen und Lehrer. Unsere Wirtschaft ist auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Gesellschaftspolitisch ist es ein Armutszeugnis, wenn so viele Menschen durchs Raster fallen.

Der BLLV hat Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister Spaenle, am 30. September eine Petition mit mehr als 17.000 Unterschriften übergeben. Der BLLV hat in dieser Petition darauf hingewiesen, dass die zu bewältigenden Herausforderungen an unseren Schulen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben; gemessen am Bruttoinlandsprodukt nähmen die Ausgaben für Bildung sogar ab, so der BLLV.Bildung – so der BLLV, und er versteht schließlich etwas davon – sei in Bayern unterfinanziert angesichts der objektiven Bedeutung von Bildung für die Stabilität und Prosperität unserer Gesellschaft und angesichts der Erwartungen von Eltern, Wirtschaft und Politik an die Schule. Der BLLV weist darauf hin, dass die Unterrichtsversorgung nicht gesichert ist. Die mobile Reserve – Sie wissen ja, was draußen an den Schulen passiert – ist unzureichend ausgestattet und die Personaldecke zu gering.

In Bayern, ich habe es schon angedeutet, verlassen jährlich Tausende teuer ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer die zweite Phase der Lehrerausbildung, die keine Anstellung finden. Die Folge ist eine hohe Lehrerarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger personeller Unterversorgung der bayerischen Schulen. Lehrer, die daraufhin etwas anderes gesucht und gefunden haben, sind für unsere Kinder verloren, sie kommen nicht mehr zurück an die Schule und fehlen für unsere Kinder. Die Daseinsvorsorge in Form der bestmöglichen Bildung unserer Kinder muss ein hohes Ziel sein. Gute Bildungspolitik wird viel Geld kosten. Die Zukunft unserer Kinder sollte und muss uns das aber wert sein. Das wollte ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun Herr Kollege Felbinger. – Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Staatssekretäre! Es ist schön, dass Sie pünktlich zu unserer heutigen Aussprache gekommen sind, wenn schon drei Viertel der CSU-Fraktion es gar nicht für nötig halten, sich an der Debatte zum Thema Bildung zu beteiligen.

(Unruhe bei der CSU)

Ich muss sagen, das wird dem Schwerpunkt Bildung eigentlich nicht gerecht. In den Einzelplänen 05 und 15 sind 17,8 Milliarden Euro eingestellt. Dabei handelt es sich immerhin um ein Drittel des gesamten Doppelhaushalts. Das hätte schon etwas mehr Aufmerksamkeit verdient, wenn Sie schon immer sagen, Bildung sei Ihre oberste Priorität und sei Ihnen viel Geld wert.

(Josef Zellmeier (CSU): Ist es auch! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Deshalb stellen wir es ja im Haushalt ein, weil es uns das wert ist! Deswegen steht das drin!)

Meine Damen und Herren, wie sehr Ihnen Bildung am Herzen liegt, wie sehr Bildung im bayerischen Staatshaushalt abgebildet ist und wie viel Luft oder Potenzial es noch nach oben gibt, will ich Ihnen an ein paar Zahlen deutlich machen. Das Bruttoinlandsprodukt in Bayern ist für das Jahr 2013 auf 488 Milliarden Euro veranschlagt. In einer OECD-Studie wurde einmal gesagt, 10 % des Bruttoinlandprodukts sollten für Bildung aufgewendet werden. Wir liegen hier in Bayern bei mageren 3,65 %. Das zeigt mir doch: In Bayern wird nach wie vor an Bildung gespart.

(Zuruf von der CSU: Ah geh!)

Das kann ich Ihnen nachher noch an vielen Beispielen deutlich machen. – Deswegen ist es umso wichtiger, dass sich die Staatsregierung eindeutige Ziele setzt. Noch wichtiger ist es aber, diese eindeutigen Ziele auch finanziell zu hinterlegen. Die Zielsetzungen für den Bereich Bildung hat der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung eigentlich vorgegeben: keine neuen Schulreformen, die Grundschulbestandsgarantie und die Ganztagsgarantie. Die letzten beiden Garantien sind auf jeden Fall haushaltsrelevant.

Die erste Garantie ist inzwischen schon fast Schall und Rauch. Mit Blick auf die Reform am Gymnasium muss man sagen, dass das eher ein Wunschtraum als eine Reform ist. Solange sich hier kein Umdenken seitens der Staatsregierung ergibt und die Gymnasien pädagogisch geknebelt und gefesselt werden,

(Karl Freller (CSU): Das gibt´s doch nicht!)

ist das sicherlich eine verfehlte Reform.

Meine Damen und Herren, kommen wir zur Grundschulgarantie. Hier fordern wir FREIE WÄHLER pädagogische und passgenaue Konzepte für Klein- und Kleinstschulen. Wie wir alle wissen, sind circa 300 Schulen sogenannte Außenstellen, die nicht in dieser schönen Bestandsgarantie, die der Ministerpräsident ausgegeben hat, enthalten sind. Die Garantie gilt nur für rechtlich selbstständige Grundschulen. Darum ma-

chen wir uns natürlich Sorgen. So ist es dem Ministerium oder den übergeordneten Behörden jederzeit möglich, diese Schulen ohne eine große Anhörung von Bürgern, Kommunen und Politik dichtzumachen. Das, meine Damen und Herren von der CSU, ist auch Ihr Ziel: Die Grundschulen weiter zu schwächen.

(Karl Freller (CSU): So ein Blödsinn! – Zuruf von der CSU: Wir erhalten ja die Grundschulen! – Weitere Zurufe von der CSU: Quatsch!)

Ein eindeutiges Bekenntnis zum Erhalt aller Grundschulstandorte wäre an dieser Stelle richtig.

(Unruhe bei der CSU)

Ich untermauere das auch noch mit einigen Zahlen. Wenn Sie das Haushaltkapitel 05 12 aufschlagen und einmal nachschauen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer wir 2012 an den Grund- und Mittelschulen hatten, finden Sie die Zahl 39.570.

(Zuruf von der CSU: Es werden ja auch weniger Kinder!)

2014 hatten wir nur noch 38.099.

(Karl Freller (CSU): Ja, und die Kinderzahlen? Wie gehen die zurück?)

Daran sehen Sie, dass die Zahl der Lehrerstellen an Grundschulen um 5 % rückläufig ist. Die Grundschule ist die einzige Schulart im gesamten Kanon der Bildung, die eine Reduzierung der Lehrerstellenzahl hinter sich hat.

(Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Sie können aufbegehren, wie Sie wollen: Gegen diese Zahlen können Sie nichts sagen. Das ist Fakt. Die Zahlen hat mir sogar das Kultusministerium auf meine Schriftliche Anfrage hin so bestätigt.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass es 1.000 zusätzliche Lehrerstellen im Schulsystem gibt. Nach unseren Berechnungen und auch nach Berechnungen vieler

Experten ist die Beibehaltung der demografischen Rendite wichtig. Darüber hinaus sind weitere, zusätzliche Lehrerstellen dringend nötig, um anstehende Aufgaben an den Schulen zu bewältigen. Für diese wichtigen Aufgaben – zum Beispiel Inklusion, individuelle Förderung, Umsetzung von Chancengerechtigkeit, Erhalt der wohnortnahen Grundschulen, Ausbau der flexiblen Grundschule und flächendeckender Ausbau von Ganztagsschulen – brauchen wir diese zusätzlichen Stellen.

Ich möchte noch einen ganz wichtigen Beitrag nennen. Wenn wir die aktuelle Situation der Beschulung von Flüchtlingskindern anschauen, sehen wir, dass das eine gewaltige Aufgabe ist, die unsere Lehrkräfte derzeit hervorragend bewältigen. Sie machen einen guten Job. Was sie aber seitens der Staatsregierung und seitens der CSU-Fraktion an Unterstützung bekommen, ist zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch hierzu liegen eindeutige Zahlen vor. Die Beschulung der Flüchtlingskinder wurde aus der mobilen Reserve heraus bestritten, ist also lediglich eine Umschichtung von einer Ecke in die andere. Darunter leidet natürlich die Schulqualität bzw. die Beschulung der übrigen Kinder. Wir FREIE WÄHLER wollen deswegen ein Notprogramm für die Beschulung von Flüchtlingskindern an bayerischen Schulen. Wir bedauern außerordentlich, dass Sie von der CSU nicht bereit waren, auf diese außergewöhnliche Situation zu reagieren und zusätzliche Mittel in den Haushalt einzustellen. Da nutzt es wenig, wenn der CSU-Fraktionsvorsitzende oder auch der Minister gegenüber Lehrerverbänden kundtut, wie notwendig ein solches Notprogramm wäre, wenn hier im Landtag dagegen gestimmt wird. Da frage ich Sie: Wo steht denn die CSU? Von Ihnen, Frau Sem, habe ich kein einziges Wort zu den Flüchtlingskindern gehört. Wo ist Ihr Notprogramm? Ich habe bisher nichts davon gesehen.

(Reserl Sem (CSU): Aber wir arbeiten dran!)

Lassen Sie mich in einem kurzen Ausflug noch auf die Ganztagsgarantie kommen.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Hinsichtlich der Finanzierung stehen Sie noch in Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Zu Recht sind die Kommunen unzufrieden mit dem, was in gemeinsamen Gesprächen bisher ins Auge gefasst wurde, weil es nicht sein kann, dass die Ganztagsbeschulung weiterhin auf Kosten der Kommunen vonstatten geht.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das macht ja auch keiner!)

– Natürlich machen Sie das.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Nein!)

Wenn Sie jetzt gerade 26 Millionen Euro zusätzlich für die Ganztagsgarantie eingestellt haben, dann müssen Sie mir noch die Erklärung liefern, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, wie Sie das bis 2018 umsetzen wollen.

Kurzum, meine Damen und Herren, denn meine Redezeit neigt sich dem Ende entgegen,

(Zuruf von der CSU: Oh!)

ich komme zum Fazit – mein Kollege Piazolo wird nachher noch zum Hochschul- und Wissenschaftsressort sprechen -: Die Grundschulgarantie ist mit den vorhandenen Mitteln und Stellen nicht umzusetzen. Ohne zusätzliche Stellen werden die Zukunftsaufgaben der Bildungspolitik – Umsetzung der Inklusion, verstärkte individuelle Förderung, bessere Deutschförderung, Erhalt wohnortnaher Grundschulen, flächendeckender Ganztagsausbau – nicht zu bewältigen sein.

Bisher ist die Ganztagsgarantie nichts anderes als ein zahnloser Tiger. Es fehlt ein deutliches Zeichen des Freistaates zu investieren. Wenn Sie vorhin einen fernöstlichen Philosophen zitiert haben, so will ich am Schluss meiner Rede Laotse zitieren. "Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Felbinger. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Kollege Gehring gemeldet. Bitte sehr.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist etwas unglücklich, dass wir über den größten Anteil des Haushaltes, nämlich die Einzelpläne für zwei Ministerien, eine gemeinsame Debatte führen. Wir haben etwas anderes im Ältestenrat beantragt; die Kollegen der CSU konnten dem leider nicht zustimmen. Wir reden jetzt über ein Drittel des Landeshaushaltes. Das gilt übrigens für jedes Bundesland. Ein Drittel der Ausgaben fällt in den Bildungsbereich. Wir reden in der Debatte jetzt über zwei Einzelpläne und auch über die Arbeit zweier Ausschüsse. Diese Bereiche werden im Grunde nur dadurch zusammengehalten, dass nur ein Minister dazu redet.

Wir sollten uns an dieser Stelle noch einmal klarmachen, was die Zusammenlegung der Ministerien gebracht bzw. nicht gebracht hat. Der Geburtsfehler, dass die frühkindliche Betreuung und die Ganztagsbetreuung nicht im Kultusministerium zu finden sind, ist nicht geheilt. Das erweist sich als Problem bei den Verhandlungen mit den Kommunen im Hinblick auf ein neues Ganztagsprogramm.

Im Übrigen hat man nach wie vor den Eindruck, dass der Minister seiner Aufgabe nicht gerecht wird. Er ist nicht in der Lage, der gesamten Bildungspolitik seinen Stempel aufzudrücken. Dass ihm das auch beim Thema Hochschule nicht gelingt, wird anschließend noch die Kollegin Verena Osgyan deutlich machen.

Auch im Schulbereich gelingt es dem Minister nicht, weitere Schwerpunkte zu setzen. Ministerpräsident Seehofer hat bei seiner Regierungserklärung im vergangenen Jahr Stillstand verkündet. Dieser Stillstand ist nun tatsächlich eingetreten. Nur in einem Punkt hat der Minister eine Rolle gespielt – es war eine unglückliche Rolle. Ich meine die Reform des achtjährigen Gymnasiums. Dort ist der Reformprozess mittlerweile beendet, und es müssen jetzt Modellversuche auf den Weg gebracht werden, über ich

mich heute nicht weiter äußern möchte. Nur so viel dazu: Sie sollen kostenneutral werden. Das wird allerdings nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Haushalt im Schulbereich muss man sagen: Die drei Garantieerklärungen des Ministerpräsidenten Seehofer sind hier nicht hinterlegt und nicht finanziert. Die Zukunftsaufgaben werden nicht angenommen. Es gibt Stellenumschichtungen, aber keine Schwerpunkte und keine Mehrung der Mittel für Bildung. Es gibt auch keine Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Bereichen.

Ich möchte an dieser Stelle die berufliche Bildung ansprechen. Hier gibt es seit Jahren eine Unterversorgung. Sie haben unserem Antrag, 100 zusätzliche Stellen für die Berufsschulen zu schaffen, um Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Bildungssparten herbeizuführen, nicht zugestimmt. Sie tun damit auch nichts für die berufliche Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte nur zwei allgemeine Betrachtungen zu diesem Haushalt anstellen. Ein großer Teil des Aufwuchses an Mitteln im vorliegenden Doppelhaushalt mit fast 300 Millionen geht auf das Konto der Versorgungsempfänger. Die Pensionen im Bildungsbereich werden immer mehr. Diese Ausgaben dienen der aktuellen Bildung nicht.

Wenn wir uns die Entwicklung weiter anschauen, stellen wir fest, dass die Pensionslasten immer größer werden und einen immer größeren Teil des Bildungshaushaltes einnehmen. Wenn man, wie Sie es eben tun, keine Versorge betreibt, weil Sie den Pensionsfonds nicht mehr bedienen, wird es für zukünftige Bildungs- und Haushaltspolitiker immer schwerer, Spielräume für eine bessere Bildungspolitik in Bayern zu finden. Damit versündigen Sie sich an der Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und nun ein Wort zu diesem ominösen Begriff der "demografischen Rendite", die ja im System bleibt. Wie viele Lehrerstellen werden rechnerisch frei bei sinkenden Schülerzahlen? – Da muss man sich ansehen, wie Sie rechnen: Sie nehmen Stellen aus den einzelnen Schulkapiteln heraus, so zum Beispiel bei den Grund-, Haupt- und Mittelschulen 385 Stellen, bei den Förderschulen 165 Stellen, bei den Berufsschulen 51, obwohl wir hier mehr Stellen bräuchten, bei den Realschulen 555 Stellen und bei den Gymnasien 1.037 Stellen. Diese Stellen werden aus den Schulkapiteln herausgenommen, wo sie dann für die Unterrichtsversorgung und für kleinere Klassen fehlen. Diese Mittel werden dann in einem allgemeinen Kapitel untergebracht und – für sicherlich gute Dinge – verteilt. Aber insgesamt wird die Situation an den einzelnen Schularten durch die Art und Weise, wie Sie mit dieser demografischen Rendite umgehen, immer schlechter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die drei Garantieerklärungen des Ministerpräsidenten sind, wie gesagt, nicht erfüllt. Er spricht vom Erhalt aller rechtlich selbstständigen Grundschulen. Es gibt aber keine Hinweise darauf, wie das langfristig finanziert werden soll. Ich will darauf nicht näher eingehen; unser Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann hat das gestern in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung getan.

Das zweite ist die Ganztagsgarantie bis 2018 für jeden 14-Jährigen. In diesem Haushalt ist nicht zu erkennen, wie sie finanziert werden soll. Diese Summen liegen im dreistelligen Millionenbereich, und es nicht einmal in Ansätzen zu erkennen, wie Sie das auf den Weg bringen wollen. Wenn Sie nun Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über neue Ganztagskompromisse führen, begrüßen wir ausdrücklich, dass Sie jetzt auch für die Grundschulen zumindest die offene Ganztagsschule anbieten. Sie setzen aber lediglich 9 Millionen ein. Das bringt überhaupt nichts. Wenn Sie jetzt Modellversuche dazu machen, sage ich nur Folgendes: Dafür brauchen wir keine Modellversuche. Wir wissen alle, wie das geht. Es muss nun in Angriff genommen werden, und dafür müssen die entsprechenden Mittel im Haushalt ausgewiesen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie bei der Barrierefreiheit kürzen wollen, dann passiert da gar nichts mehr. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Inklusion eingehen. Wir haben in unseren Anträgen einen Schwerpunkt auf das Thema Inklusion gelegt. Wir brauchen mehr Mittel für alle Schularten, die Inklusion betreiben. Deshalb haben wir auch den entsprechenden Antrag hochgezogen. In der interfraktionellen Arbeitsgruppe haben wir dazu etwas auf den Weg gebracht. Wenn es uns nun nicht gelingt, den gesamten Landtag davon zu überzeugen, dass wir mehr für die Inklusion tun müssen und dass wir mehr Mittel bereitstellen müssen, dann müssen wir überlegen, ob unsere Arbeit in dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe in Zukunft noch Sinn hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Schwerpunkte in unseren Anträgen haben wir einen gegenfinanzierten Haushalt erarbeitet. Da sagen wir, dass wir im Jahre 2015 rund 118 Millionen Euro mehr und im Jahr 2016 circa 155 Millionen Euro mehr für die Bildung ausgeben wollen. Ich bedanke mich bei den Kollegen aus meiner Fraktion, die es mittragen, dass aus anderen Bereichen Geld hergegeben wurde. Damit ist es tatsächlich möglich, diesen Schwerpunkt Bildung zu finanzieren. Unsere Schwerpunkte lauten: Qualitativer Ausbau der Ganztagsangebote, Inklusion, Mittel für alle Schulen, nicht nur für die Profilschulen, die Inklusion betreiben, Lehrerfortbildung und Zweitlehrkräfte an Schulen, Schulprofil Inklusion auch für Schulen in freier Trägerschaft. Hinzu kommt die Forderung nach mehr Personal an den Schulen. Wir brauchen eine Unterrichtsversorgung Plus, damit alle Schulen ihren Unterrichtsausfall entsprechend auffangen können.

Ein Letztes. Wir müssen das Thema Integration aufnehmen. Die Beschulung der Flüchtlinge muss zu einer Daueraufgabe werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist nicht nur die Frage, wo man gerade mal Geld zusammenkratzen kann. Wir fordern hier die Schaffung einer eigenen Titelgruppe, um die Beschulung der Flüchtlingskinder dauerhaft im Lande einrichten zu können. – Soweit, meine Damen und Herren, die Schwerpunkte in unserem gegenfinanzierten Haushalt, mit dem wir zeigen, dass man mehr für die Bildung tun kann, ohne neue Schulden zu machen. Stimmen Sie unseren Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Gehring. – Der nächste Redner für die CSU-Fraktion ist Professor Dr. Waschler. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, dass die Pressetribüne nicht besser besetzt ist; denn die Opposition zeichnet gerade ein Zerrbild der Wirklichkeit der Bildung in Bayern draußen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, da können verschiedene Dinge nicht unwidersprochen bleiben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann seien Sie doch froh, dass es nicht geschrieben wird, wenn es so falsch ist!)

- Auch das Zwischengerede von Herrn Kollegen Aiwanger wird nicht dazu beitragen, dass die Tatsachen sich verändern. - Herr Kollege Felbinger, ich habe gedacht, Sie waren im Haushaltsausschuss zumindest, jetzt sage ich mal, durch Ihre Kolleginnen und Kollegen informiert. Im Bildungsausschuss waren Sie wohl nicht da. Dort ist nämlich genau zum Thema Asyl, das Sie hier beklagt haben, bei der Behandlung von einschlägigen Anträgen ganz klar und deutlich gesagt worden, was der Freistaat Bayern hier macht. Ich habe wegen der gebotenen Kürze nur ein paar Punkte herausgezogen, weil ich hier zu anderen Punkten etwas sagen möchte. Es gibt Sprachförderkurse für rund 40.000 Kinder und Jugendliche, und wir haben 5.700 Kinder und Jugendliche in Deutschförderklassen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt an 60 Standorten ein zweijähriges Programm zur beruflichen Bildung für 3.300 berufsschulpflichtige Jugendliche und junge Asylbewerber. Herr Kollege, es gibt 2.000 Lehrerstellen für die entsprechenden Fördermaßnahmen und 1.600 Förderlehrer, die für diesen Bereich bereitgestellt werden. Sie kennen die Daten und bringen Sie hier trotzdem nicht an.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Waschler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): - Das kann man am Ende machen. Ich möchte meine Ausführungen zu Ende bringen. – Wenn der Kollege Gehring hier sagt, wir würden die Grundschulen vernachlässigen, kann ich nur sagen, er müsste mal rechnen. Die Schüler-Lehrer-Relation ist auf einem hervorragenden Stand. Das Motto "Kurze Beine, kurze Wege" ist im Bereich der Grundschulen, bei den Mittelschulen, den Schulverbünden erfolgreich angekommen und umgesetzt. Dann kann man das drehen und wenden wie man will, aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hier sagen, man würde dieses Thema und dann auch noch die berufliche Bildung vernachlässigen, die wir mit Recht in höchsten Ehren halten, muss ich sagen, da hört sich alles auf.

Berufsschullehrer, die nicht auf dem Markt sind, können wir nicht herzaubern. Dort würden wir selbstverständlich noch viele junge Menschen brauchen. Sie sollten vielleicht weniger in manchen Fächerverbindungen für Realschulen oder Gymnasium studieren, sondern einmal in die Berufsschule hinüberschauen. Dort wären interessante und wichtige Felder.

Eines kann man jedenfalls auf den Punkt bringen, wie von der Kollegin Sem vorgestellt: Heute ist es Tatsache, dass Bayern im Bildungsbereich eine Spitzenposition einnimmt und dass der Bildungshaushalt der dominante Punkt schlechthin ist; und das ist gut so. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einer guten Bildung kommt es auf den

Umfang, aber auch auf die Qualität an. Deswegen ist eine solide Bildungsfinanzierung unerlässlich. Der konkrete Bildungserfolg ist das Entscheidende, also der gute und überlegte Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel. Wenn Sie uns das als Mehrheitsfraktion jetzt nicht glauben, lohnt ein Blick auf die Fakten. Diese Fakten zeigen eindeutig, und da müsste das ganze Hohe Haus, auch die Opposition, erfreut applaudieren, dass wir Platz eins belegen, wenn es um Bildungseffizienz geht. Bei der Inputeffizienz, belegt durch den Bildungsmonitor 2014 des Instituts der Deutschen Wirtschaft, also bei der Frage, welchen Bildungserfolg Investitionen insgesamt ermöglichen, hat Bayern Platz eins. Gratulation an die Lehrerinnen und Lehrer, Gratulation an alle da draußen, die einen Beitrag geleistet haben! Jeder Euro und Cent, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der für die Bildung in Bayern angelegt wurde, war bestens angelegt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Weitere Fakten: Platz eins für Bayern im letzten Lernatlas der Bertelsmann-Stiftung. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie doch bitte mal zu.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das sind halt Fakten. Die Fakten sind eindeutig belegt. Diese Zahlen belegen Platz eins, die Spitzenposition für Bayern; das sagt die Bertelsmann-Stiftung im Jahr 2011. Der letzte Ländervergleich im Jahr 2012 ergab Spitzenplatzierungen Bayerns in Mathematik und Naturwissenschaften. Also ist das Geld bestens angelegt. Außerdem gibt es eine sehr positive Wahrnehmung der bayerischen Bildungspolitik in der Öffentlichkeit innerhalb wie außerhalb Bayerns, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Herr Kollege Aiwanger, hören Sie doch her!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich höre Ihnen zu!)

- Sie haben es vielleicht noch nicht gelesen: Die INSA-Schulstudie 2014 mit dem Titel "Wie Deutschland über Schule denkt" wurde veröffentlicht. Was kommt raus? In der

bundesdeutschen Öffentlichkeit sagen 51 %, dass Bayern das Land mit der besten Schulbildung ist. 51 %! Auf dem zweiten Platz befinden sich auf gleicher Höhe Baden-Württemberg und Sachsen mit 9 %. Thüringen hat 3 %. Alle anderen liegen deutlich darunter.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Haushalt!)

Ich nenne die Hauptgründe, und damit sind wir beim Haushalt. Wir sind beim Haushalt. Ich verfehle das Thema nicht wie manche Vorredner aus der Opposition.

(Zuruf von der SPD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Eine Sachdiskussion! Das ist ja der Wahnsinn!)

Der Hauptgrund dafür ist, dass sich die bessere Verteilung der Gelder hier in der hohen Qualität der Abschlüsse, einem hohen Niveau, hohen Anforderungen an Schüler und Lehrer, hoher Qualität der Aus- und Fortbildung, besseren Lehrplänen und passenden Bildungsinhalten ausgewirkt hat. Übrigens, nur nebenher: Wer diese Studie genau anschaut, stellt eine überwältigende Zustimmung zum differenzierten Schulwesen und zum Erhalt der unterschiedlichen Lehrerausbildung, die wir haben, fest. Diejenigen, die in den Inklusions- und Förderschulen unterwegs sind, wird interessieren, dass - das sehr gute interfraktionelle Verständnis hierzu begrüße ich außerordentlich - 89 % der Befragten die Förderschulen als wichtigen Bestandteil des ganzheitlichen Bildungssystems begreifen. Das werden wir in der Fraktion auch berücksichtigen. Wir sind hier in allen Belangen näher am Menschen als die Opposition. Das wird uns in allen Umfragen bestätigt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie immer noch zweifeln, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann schauen Sie in die repräsentative bayernweite dimap-Studie vom September 2014, topaktuell.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Erzählen Sie etwas vom Haushalt! Bayern!)

Auch hier wird belegt, dass die Gelder im bayerischen Staatshaushalt für den Bildungsbereich bestens angelegt sind. 5 % bestätigen - - Ich muss es anders sagen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Man darf im Eifer nicht die Zahlen in irgendeiner Form verdrehen. Nur 5 % der Befragten halten Schulen und Hochschulen in Bayern für eher schlechter als das Bildungswesen in anderen Bundesländern. Insgesamt besteht eine außerordentlich hohe Zufriedenheit mit den Bildungseinrichtungen in Bayern. Nur als Beispiel: 70 % sind mit der beruflichen Bildung zufrieden oder sehr zufrieden. Auch alle anderen Bildungseinrichtungen erhalten mit absoluter Mehrheit die Note "zufrieden" oder "sehr zufrieden".

Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir uns im Tagesgeschäft intensiv mit all den Punkten beschäftigen, die wir auf unserer Agenda haben: Ganztagsschule, Ganztagsschulgarantie, Inklusion, Förderschule, Lehrpläne, Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung, Beschulung Asylbereich, alles was dazu gehört, moderne Lernkulturen, Digitalisierung, die lernfordernd und lernfördernd sein soll, und alle pädagogischen Verbesserungen. Aber wir müssen auch einsehen: Heute werden wir über den Bildungsetat als Ganzes entscheiden. Schauen wir auf das Ganze. Seien wir stolz auf das, was die gesamte Schulfamilie in Bayern mit hervorragenden Rahmenbedingungen zuwege gebracht hat. Deshalb kann ich meinen Dank an alle Beteiligten aussprechen, an die gesamte Schulfamilie, an alle Verbände, an alle, die tätig waren, die auf einem gemeinsamen Weg für die beste Bildungspolitik für unsere Schülerinnen und Schüler, um ein Bild aus dem Sport zu gebrauchen, wenn es ums Tauziehen geht, am richtigen Ende gezogen haben. Grundlage für die Fortsetzung unserer erfolgreichen und effizienten Bildungspolitik ist dieser Haushalt, den wir heute verabschieden. Hier bitte ich um Ihre Zustimmung. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Vielen Dank für diese wundersame Rede, Herr Professor. Hoffentlich glauben Sie es wenigstens selber!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment bitte! Das Tauziehen ist noch nicht ganz beendet, Herr Professor Waschler. Wir haben zwei angemeldete Zwischenbemerkun-

gen. Zunächst die Frau Kollegin Stamm und dann der Herr Kollege Felbinger. – Frau Stamm, bitte schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Waschler, Sie haben gerade davon gesprochen, Sie hielten die berufliche Bildung in höchsten Ehren. Mein Kollege Thomas Gehring hat es gestern schon einmal gesagt: Das nutzt irgendwann nichts mehr, sie immer nur in höchsten Ehren zu halten und Sonntagsreden zu halten. Es ist ein Bedarf da. Es ist ein Mangel da. Das sagen alle, so auch der Berufsschullehrerverband. Sie müssen also auch Geld in die Hand nehmen, investieren und reinstecken. Sie hätten unserem Antrag zustimmen können. Wir haben 100 Stellen beantragt, nicht zum ersten Mal, weil dieser Bedarf da ist. Tun Sie etwas und halten Sie keine Sonntagsreden! Das ist das eine.

(Beifall bei den GRÜNEN – Karl Freller (CSU): Heute ist Mittwoch! – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

- Danke für diesen Zwischenruf, Kollegin Schmidt. – Zum anderen haben Sie gerade angesprochen, Sie täten soviel für die Flüchtlingskinder. Da muss ich sagen, Sie waren leider auch nicht im Haushaltsausschuss und haben sich auch nicht berichten lassen, als unser Antrag und der Antrag der FREIEN WÄHLER kamen, hier mehr Geld zu investieren, weil es eine Daueraufgabe ist. Wir brauchen einfach mehr Geld. Wir brauchen mehr Personal. Die Schule vor Ort braucht vielleicht auch Geld, um einen Block und einen Radiergummi austeilen zu können. Die Kollegin Sem hat gesagt, das machen wir über den Haushaltsvollzug. Gleichzeitig hat Ihre Fraktion einen Antrag nach dem anderen über 20.000 Euro gestellt.Es ist ein Hohn und ein Witz schlechthin, wenn Sie Anträge über 20.000 Euro stellen und umgekehrt sagen, 6 Millionen Euro bzw. 10 Millionen Euro wollen Sie über den Haushaltsvollzug zur Verfügung stellen. Das passt hinten und vorne nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie sind dran.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Stamm, ich schlage vor, Sie kommen in den Bildungsausschuss und tauschen mit irgendeinem Ihrer Kollegen. Dann erleben Sie die Debatte, die wir dort führen. Das ist genau der Punkt, den Sie vorhin erwähnt haben. Sie nehmen Teile heraus, vermischen diese und hören nicht zu, was gesagt worden ist. Ich sage Ihnen, uns verbindet, dass wir das Bessere erreichen wollen, um das Gute zu toppen. Das ist überhaupt keine Frage. Eine Sache können wir jedoch auch mit zusätzlicher Bereitstellung von Mitteln nicht regeln, nämlich wenn sich junge Menschen für Lehrerlaufbahnen entscheiden, die so sind, wie sie sind. Im Bereich der beruflichen Bildung haben wir in der Tat Felder, für die sich keine Bewerber und Bewerberinnen finden.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Dort müssen wir uns entsprechend bemühen. Selbstverständlich werden wir auf diese wichtige Frage ein Augenmerk legen. Für das, was die berufliche Bildung fördert, habe ich immer ein offenes Ohr. Über die mögliche Umsetzung müssen wir exakt und ausführlich im Bildungsausschuss beraten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank hierfür. Jetzt kommt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Felbinger. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Waschler, Sie haben in Ihren Ausführungen wunderbare Zahlen genannt und irgendwelche Studien zitiert, die darlegen, wie gut es mit der Bildung in Bayern steht. Eigentlich habe ich eine Antwort auf meine Frage, die ich vorhin bei meiner Rede an Sie oder die CSU-Fraktion gestellt habe, erwartet. Es ging um das Notprogramm für die Beschulung von Flüchtlingskindern. Sie haben einige Standardzahlen genannt und dargelegt, was alles in der Vergangenheit gemacht worden ist. Jetzt lautet meine konkrete Frage: Wie hoch sind die Mittel im neuen Doppelhaushalt 2015/2016 für die konkrete Beschulung von Flüchtlingskindern und für Direkthilfen für Schulen und Kommunen, damit man unmittelbar vor Ort unbürokratisch Hilfe leisten kann?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Felbinger, Sie hätten genau hinhören sollen.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie dazwischen blöken, erwarten Sie wohl keine Antwort. Herr Kollege Felbinger war dabei, als wir uns im Ausschuss zu diesem Thema intensiv beraten haben. Neben der Nennung von Zahlen – ich habe mich auf die heutige Sitzung recht gut vorbereitet – wurde ausgesagt, dass man hinsichtlich der Übergangsklassen nie weiß, was aktuell vor Ort aufschlägt und welche Notwendigkeiten sich in den nächsten Tagen und Wochen ergeben werden. Laut Aussage der Staatsregierung – die Staatsregierung werden wir auch noch hören – wird man die Situation weiter verfolgen und beobachten und entsprechend tätig werden. Das werden wir vonseiten unserer Fraktion ebenfalls tun, und zwar nicht durch Geschrei und Zwischenrufe, sondern durch einen verantwortlichen Umgang mit den Gegebenheiten, die wir vor Ort vorfinden.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben zu viel Redezeit!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Professor Waschler. Als nächster Redner steht Kollege Dr. Kränzlein auf der Liste – der ist nicht da.

(Unruhe bei der CSU)

Damit verfällt der Redebeitrag. Als Nächster hat Herr Professor Piazolo von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie heißt es so schön: Willst du für ein Jahr vorausplanen, so baue Kartoffeln an. Willst du für ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Bäume. Willst du für ein Jahrhundert vorausplanen, so bilde Menschen. - Wir reden über Bildungspolitik. Ich habe im Zitat des chinesischen Philosophen nur das Wort "Reis" durch das Wort "Kartoffeln" ausgetauscht, damit es näher an Bayern dran ist.

Wir FREIE WÄHLER stehen für Bayern als Bildungsland – ganz bewusst und seit vielen Jahren. Wir wollen – damit sind wir beim Haushalt – mehr sicheres Geld. Uns geht es nicht nur um das Geld für ein Jahr oder für zwei Jahre, sondern um Nachhaltigkeit. Wenn Sie gerade den Hochschulhaushalt anschauen, ist sehr viel durch den Hochschulpakt kurzfristig garantiert, aber nicht langfristig. Wir sind dafür, die Grundfinanzierung der Hochschulen anzuheben und die Lehrenden langfristig zu unterstützen. Langfristige Planung ist sicher und wichtig.

Wir wollen, dass bei den Hochschulbauten mehr passiert. Dort ist wenig geleistet worden. Dort bröselt der Mörtel. Dächer sind leck. Wir wissen schon lange, seit der Zeit von Staatsminister Goppel, dass 4 Milliarden Euro fehlen – ein Manko, das wir ständig vor uns hertragen. Im Haushalt ist viel zu wenig eingestellt worden. Wir haben wesentlich mehr gefordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn in dieser Haushaltsdebatte sinnvolle Anträge anderer Fraktionen gestellt werden und Sie als CSU geschlossen alle Anträge zur Bildungspolitik ablehnen, ist das ein Armutszeugnis für die Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Der Kluge erkennt, dass auch einmal ein anderer recht hat. Wir stimmen – auch ich persönlich – einigen Ihrer Anträge zu, und das sehr sehr häufig. Wir stimmen über 70 % Ihrer Anträge zu. Tun Sie das auch einmal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind für nachhaltige Bildung. Der Bologna-Prozess stopft zu viel in zu kurzer Zeit in die Köpfe hinein. Aber: Die Katze, die einen Kanarienvogel gefressen hat, kann noch lange nicht singen. Insofern macht kurzfristiges Wissen wenig Sinn.

Wir FREIE WÄHLER – das sage ich deutlich – stehen für ein vielfältiges Bayern. Dafür brauchen wir eine hohe Mobilität und Internationalität. Herr Spaenle hat in diesem Zu-

sammenhang gesagt: Dieser Punkt des Bologna-Prozesses ist gescheitert. Wir brauchen mehr Förderung und mehr Aufklärung. Das haben wir gefordert. In den letzten Tagen haben Sie jedoch über ein erschreckendes Beispiel an Zipfelmützigkeit diskutiert. Sie fordern, dass Ausländer auch in der Familie deutsch sprechen sollen. Ich sage Ihnen: Glauben Sie, dass internationale Forscher nach Deutschland und Bayern kommen, wenn Sie hören, dass sie mit ihrer Familie deutsch sprechen sollen? Glauben Sie, dass Sie damit einen Harvard-Professor gewinnen? Glauben Sie, dass Sie damit Facharbeiter aus China gewinnen? Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das ist ein deutsch-nationaler Politikansatz, der den bayerischen Hochschulen in ganz entscheidender Art und Weise schadet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir FREIE WÄHLER stehen für ein gerechtes Bayern. Deshalb haben wir damals ein Volksbegehren gegen die Studiengebühren initiiert. Nachdem deutlich wurde, dass die Mehrheit des Volkes hinter uns steht, haben Sie das übernommen. Ich höre jedoch immer wieder – Herr Minister, das gebe ich Ihnen mit auf den Weg –, dass die Kompensationsmittel, die Sie eingestellt haben, nicht reichen. Häufig wird an den Hochschulen die Entschuldigung gebraucht, dass durch die Abschaffung der Studiengebühren kein Geld vorhanden sei. Möglicherweise ist kein Geld vorhanden. Wenn Kompensationsmittel vorhanden sind – das glaube ich –, sollten Sie mit den Hochschulen reden und ihnen deutlich machen, dass man dieses Argument nicht verwenden kann; denn dieses Argument fällt auf uns alle zurück.

Wir FREIE WÄHLER stehen für ein Bayern der Chancengleichheit: Stadt und Land – Hand in Hand. Wir wollen den ländlichen Raum zu einem Raum des Wissens weiterentwickeln. Das darf nicht nur die Stadt sein, es muss auch das Land sein. Dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt, die aber abgelehnt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen auch für ein demokratisches Bayern. Wir wollen die Rechte der Studierenden stärken – und das schon seit vielen

Jahren. Wir wollen, dass sie ein eigenes Budgetrecht haben. Hierzu haben wir ebenfalls Anträge gestellt, die abgelehnt worden sind. Ich sage Ihnen aber ganz deutlich: Liebe CSU-Kollegen, das ist bei Ihnen noch nicht in den Köpfen angekommen. Wer die Redezeiten der Opposition begrenzt, lässt auch die Studierenden an den Hochschulen nicht mitreden. Das ist der gleiche Geist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Wir haben unseren Gesetzentwurf zum Rundfunkrat schon vor zwei Wochen eingebracht. Wer hier eine Debatte nicht zulässt, wer dagegenstimmt, obwohl wir gestern noch eine Stunde Zeit gehabt hätten, schafft kein Klima für eine offene Dialogkultur an den Hochschulen. Das ist nicht der Geist, den wir uns vorstellen. Wer Kritik scheut, wird die eigenen Fehler nicht erkennen und an der Arroganz der Macht scheitern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bildung ist das höchste Gut, das wir unseren Kindern zu bieten haben. Das hat diesmal nicht ein Philosoph, sondern Cat Stevens gesagt. Aus den Siebziger- und Achtzigerjahren werden Sie ihn unter diesem Namen noch kennen.

Bayerns Zukunftshoffnung sind die Menschen, die hier leben, vor allem aber die jungen. In Köpfe zu investieren, heißt Zukunft zu schaffen. Auf Vielfalt zu setzen heißt Hoffnung zu geben. Gerechtigkeit zu schaffen, wie wir es einfordern, heißt Gleichheit zu gewährleisten. Und Demokratie zu wagen, heißt nachhaltig zu denken. Wir FREIE WÄHLER haben konkrete Vorstellungen von einem Bildungsland Bayern. Wir werden diese Vorstellungen der Gerechtigkeit, der Vielfalt und der Investitionen in Bildung mit aller Entschiedenheit in den nächsten vier Jahren verfolgen und uns dann entschieden dem Wahlkampf stellen und dafür kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Kollege Piazolo. Als nächste Rednerin hat sich Frau Kollegin Osgyan vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. – Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr verehrter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vielen Dank an meinen Kollegen Thomas Gehring, der schon erklärt hat, dass die Bildung in Bayern unterfinanziert ist. Das gilt leider auch für die Hochschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Danke schön auch an meinen Kollegen Piazolo, der darauf hingewiesen hat, dass das sprachliche Doppelspiel um die Redezeiten auch etwas mit Demokratie an Hochschulen zu tun hat. Dem kann ich mich nur anschließen.

Aber zurück zum Haushalt und zu den positiven Aspekten. Bayern kann zu Recht auf eine vielfältige Hochschullandschaft stolz sein. Unsere Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Seit dem letzten Doppelhaushalt haben wir einen großen Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit gemacht, nämlich mit der Abschaffung der Studienbeiträge, aber dazu – das ist schon gesagt worden – hat es erst einmal ein Volksbegehren gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt haben wir wieder durch die Übernahme der BAföG-Zahlungen durch den Bund die Chance, pro Jahr zusätzlich 155 Millionen Euro komplett in die Bildung und in die Hochschulen zu investieren. Das ist auch bitter nötig; denn trotz aller Exzellenzinitiativen sind wir von exzellenten Studienbedingungen und exzellenter Lehre in der ganzen Breite immer noch meilenweit entfernt. Es besteht allerorten Nachholbedarf. Ich rede nicht nur von herabbröckelnden Decken; ich weiß, wovon ich spreche. Ich komme aus der Erlanger Gegend.

(Peter Winter (CSU): Sind Sie sich da sicher?)

Marode Bauten und Baustellen gibt es auch in vielen anderen Regionen. Überfüllte Hörsäle und fehlende Seminarplätze sind leider immer noch die Regel.

Was tut die Staatsregierung? - Die frei werdenden BAföG-Mittel werden an den verschiedensten Stellen zweckentfremdet für Projekte, die mit der Verbesserung der Kernaufgabe unseres Hochschulsystems wenig bis nichts zu tun haben. Ich nenne als Beispiel den Bauunterhalt. Er ist zwar sehr wichtig, aber er ist Aufgabe des Innenministeriums. Da ist das Geld, das jetzt frei wird, wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich nenne das Zentrum für Digitalisierung, für das noch gar kein Konzept erarbeitet ist. Ich nenne die Nordbayern-Initiative. Sie selbst nennen sie ganz offen wissenschaftsgestützte Strukturpolitik. Das mag alles nicht schlecht sein, aber dann müssen die Mittel dafür auch transparent aus dem jeweiligen Etat aufgebracht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe den Verdacht, dass die BAföG-Mittel einfach zum Stopfen von Löchern missbraucht werden, damit Sie sich andernorts für die Wohltaten auf die Schultern klopfen können. Wahnsinnig geärgert hat mich dabei, wie wir Abgeordnete selbst auf Nachfragen mit Informationen kurzgehalten werden. Ich habe eine Anfrage gestellt, auf die ganz lapidar geantwortet wurde, man könne nicht genau auflisten, wo die BAföG-Mittel im Einzelnen hinfließen, das seien 500 Haushaltstitel. Liebe Staatsregierung, dieser Aufwand muss doch möglich sein. Ich erinnere Sie gerne daran: Wir, das Parlament, haben die Haushaltshoheit. So wie es ausschaut, schürt das bei mir kein Vertrauen, Herr Spaenle, dass die BAföG-Mittel wirklich komplett in die schulische Bildung und die Grundausstattung der Hochschulen fließen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordern wir Sie auf, dass die 280 Millionen Euro frei werdenden BAföG-Mittel für die Hochschulen wie folgt eingesetzt werden: für eine Aufstockung der Grundfinanzierung – wie wichtig das ist, haben wir vorhin schon gehört – um 90 Millionen Euro im Jahr 2015 und 120 Millionen Euro im Jahr 2016 sowie für eine Erhöhung der Ausga-

ben nach dem Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger um 70 Millionen Euro. Dafür, dass das nötig ist, habe ich ein paar sehr belastbare Zahlen: Zwischen 2000 und 2011 ist die Drittmittelquote an bayerischen Hochschulen von 18,1 % auf 32,9 % gestiegen. Neuere Zahlen haben wir leider nicht. An manchen Hochschulen liegt sie nahe bei 50 %. Es ist relativ klar: Eine so hohe Abhängigkeit von Drittmitteln gefährdet nicht nur die Freiheit der Wissenschaft, sondern fördert prekäre Arbeitsbedingungen an bayerischen Hochschulen. 70,4 % des wissenschaftlichen Personals sind nur noch befristet beschäftigt. Das bringt unseren akademischen Nachwuchs so unter Druck, dass eine wissenschaftliche Karriere zunehmend unattraktiv wird. Von mangelnder Vereinbarkeit von Beruf und Familie mag ich gar nicht reden.

Wir waren vor Kurzem mit einer Delegation unseres Ausschusses in Boston. Wir haben mit deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geredet. Sie haben unisono gemeint, die schlechten Bedingungen gerade für den akademischen Mittelbau hätten maßgeblich mit dazu beigetragen, dass sie ihr Glück in Amerika gesucht hätten. Da müssen wir dringend gegensteuern. Deshalb ist eine Aufstockung der Grundfinanzierung mehr als notwendig. Baden-Württemberg hat das getan. Da können wir von unseren Nachbarn etwas lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der nächste Schwachpunkt ist der mangelhafte Studienplatzausbau, der auf längst überholten Prognosen fußt. Der Anteil der Studierenden im Masterstudium beträgt in Bayern 4,7 %. Damit sind wir in Deutschland absolutes Schlusslicht. Diese Probleme erledigen sich einfach nicht von selbst. Im Gegenteil: Nach einer aktuellen Umfrage planen 61 % der Studierenden, nach dem Bachelor noch den Master zu machen. Das heißt, der Master wird mittelfristig wohl oder übel ein Regelabschluss. Das kann man nicht wegdiskutieren. Man sieht, die Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiums haben aktuell noch schlechtere Chancen. Deshalb ist völlig klar, dass sie das suchen, was ihnen die beste Zukunft bringt. Was macht Bayern? - Hier wird immer

noch von einem Bachelor/Master-Verhältnis von drei zu eins gesprochen. Da hat sich die Staatsregierung bei der Bildung wieder einmal gründlich verrechnet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine systematische Bedarfserhebung, die es in Baden-Württemberg längst gibt, fehlt hier immer noch. Deshalb sind die in Bayern eingeplanten 30 Millionen für Masterstudienplätze längst nicht genug. Herr Spaenle, Sie haben letzte Woche im Ausschuss berichtet, Bayern sei mit dem Start in den Bologna-Prozess sehr spät dran gewesen. Das sei mit schuld an der niedrigen Masterquote. Das mag so sein, aber das ist doch gerade ein Argument dafür, dass wir jetzt powern, damit wir unseren Studierenden die gleichen Ausgangschancen geben und dadurch eine bessere Mobilität innerhalb Deutschlands und auch international fördern. Geben Sie sich einen Ruck und stocken Sie den Etat auf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, exzellente Lehre heißt noch mehr. Studieren bedeutet nicht nur, an der Uni zu sein, sondern auch wohnen und sich ernähren zu müssen. Auch Beratungs- und Kinderbetreuungsangebote werden benötigt. Wir brauchen deshalb mehr Mittel für die Studierendenwerke. Auch das haben wir letztens in einer Anhörung gehört: Gerade diese flankierenden Angebote sind für den Studienerfolg maßgeblich. Auch da hinken wir dem angelsächsischen Raum noch Jahre hinterher. Dort ist es ganz selbstverständlich, dass die Studierenden auf dem Campus leben und lernen.

Exzellente Lehre heißt letztlich auch, bessere Lernbedingungen für Studierende mit Behinderung zu schaffen. Wir müssen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung endlich umsetzen. Dazu brauchen wir zusätzliches Personal. Wir brauchen Mittel für Beratung und behindertengerechte Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Letztes noch; denn das kann ich nicht so stehen lassen. Es gibt eine weitere unerledigte Hausaufgabe, die mittlerweile ein unrühmlicher Dauerbrenner ist. Das ist die schlechte Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Musikhochschulen. Wir hatten 2012 einen Bericht gefordert und auch bekommen, der gezeigt hat, dass an einzelnen Musikhochschulen in Bayern mehr als die Hälfte des Lehrangebots durch Lehrbeauftragte abgedeckt wird. Das heißt, sie ergänzen das Unterrichtsangebot nicht, sondern sie halten ganz einfach das Regelangebot am Laufen. Dennoch haben sie keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder auf Mutterschutz. Sie müssen über ihre Stunden jedes Semester neu verhandeln. Sie haben keinerlei Planungssicherheit, auch wenn sie schon viele Jahre an derselben Hochschule arbeiten. So verfestigen sich prekäre Arbeitsbedingungen von Jahr zu Jahr mehr.

Im vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts fehlen erneut die Mittel, die damals vom Ministerium als Minimallösung vorgeschlagen wurden. Die vorgesehene Erhöhung der Vergütungssätze reicht einfach nicht aus. Wir brauchen jetzt feste Stellen. Bitte unterstützen Sie uns dabei! Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Osgyan. Für die CSU-Fraktion hat sich Herr Kollege Freller gemeldet. Bitte schön.

Karl Freller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Wir stehen vor einer historischen bildungspolitischen Entscheidung. Noch nie in der Geschichte dieses Parlaments wurde für die Bildung und die Hochschulen ein Haushalt in dieser Höhe verabschiedet, wie das in dieser Stunde geschehen wird. Noch nie wurde in diesem Land so viel für die Bildung ausgegeben, wie dies in den nächsten zwei Jahren geschehen wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Na hoffentlich!)

Jeder dritte Euro wird in die Bildung fließen. Sie können sich sicherlich noch an das Bild mit den Euro-Scheinen erinnern, das ich gestern gebracht habe. Bei einem Haushalt von 51 Milliarden Euro wird über ein Drittel für die Bildung verwendet.

(Isabell Zacharias (SPD): Geht das vielleicht bei diesem wichtigen Thema ein bisschen euphorischer?)

- Ich habe Ihnen doch versprochen, dass ich heute etwas moderater sein werde, aber in der Aussage gleich hart bleibe. – Liebe Frau Kollegin, damit komme ich zum springenden Punkt. Wir haben so viel Geld im System wie noch nie. Obwohl die Zahl der Schüler geringer wird, steigt der Ansatz im Haushalt um 6,3 %.

(Isabell Zacharias (SPD): Na geht doch!)

Was machen Sie? – Jammern, jammern, jammern.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein kluger Mensch weiß: Wer ständig jammert, verliert Freunde. Eine kluge Partei sollte wissen: Wer ständig jammert, verliert Wähler. Eigentlich müsste ich Sie ermutigen, weiter zu jammern. Jammern Sie Ihre Prozente noch weiter herunter; damit tun Sie uns einen großen Gefallen. Wir lassen uns durch dieses Jammern noch nicht einmal ärgern; denn wir wissen, dass wir Inhalte haben, mit denen wir uns zeigen können. Wir haben bundesweit mit die besten Zahlen überhaupt. Sie haben sich auf keinen Landesvergleich eingelassen. Ich verstehe auch, warum: Bayern steht unter den 16 deutschen Ländern bildungspolitisch an erster Stelle.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir wollen noch besser werden! Ein Vergleich mit Berlin hilft uns nichts!)

- Was heißt "ein Vergleich mit Berlin"? Sie können jedes Land nehmen. – In den nächsten beiden Jahren werden über 35 Milliarden Euro für Bildung und Wissenschaft

investiert. Ich möchte das Land sehen, das sich etwas Ähnliches leisten kann. Sehen Sie doch einmal in Ihr hochverschuldetes Nordrhein-Westfalen. Frau Kraft, die eigentlich "Kraftlos" heißen sollte, hat überhaupt nichts geschafft. Sie häuft nur Schulden an.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir sind in Bayern!)

Mich ärgert das, weil wir wirklich etwas tun. Sicherlich kann man noch über manches reden. Frau Kollegin Stamm, ich nehme Ihren Beitrag sehr ernst. Wir können uns über Details unterhalten. Ich lasse es aber nicht stehen, dass wir für die Bildung nicht genug tun würden.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich jetzt nicht verlieren. Oliver Jörg ist ein exzellenter Wissenschaftspolitiker; ich möchte ihm seine Zeit nicht nehmen. Deshalb beschränke ich mich auf drei Punkte. Ich möchte mich herzlich für den Riesenerfolg bedanken, den wir in den letzten zwei Jahren in Berlin für die Bildung erreicht haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Den haben wir gemeinsam erreicht!)

- Nein, nein, nein. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen darum kämpfen müssen, dass wir über die Bildungspolitik auch künftig im Land entscheiden können. Wenn es nach euch gegangen wäre, könnten wir im Land noch nicht einmal darüber entscheiden, was in der Schulpolitik läuft. Ich bitte, dies zu bedenken. Dieser Erfolg wurde von uns in Berlin errungen.

Ich erinnere an die Konferenz der Wissenschaftsminister. Dem bayerischen Wissenschaftsminister Spaenle ist es gelungen, dass die zweiprozentige Beteiligung der Bundesländer an den Programmpauschalen gesichert wurde. Was das bedeutet, kann nur der erahnen, der die Zahlen kennt. Das bedeutet für die nächsten sechs Jahre eine Zusicherung in Höhe von circa 3 Milliarden Euro für den Wissenschaftshaushalt. Das sind Erfolge, die wir vorweisen können.

Morgen wird die Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin stattfinden. Es ist ein Erfolg des bayerischen Ministerpräsidenten und des bayerischen Wissenschaftsministers, dass der Hochschulpakt III und der Pakt für Forschung und Innovation weitergeführt werden und dass der Grundsatzbeschluss für die Nachfolge der Exzellenzinitiative bestärkt wurde. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier werden zukunftsfeste Vereinbarungen getroffen. Damit wird gesichert, dass die Leistungen des Hochschulpaktes den gestiegenen Studierendenzahlen angepasst werden. Erstmals wird für die Hochschulen ein Anreizsystem eingeführt, bei dem der Studienerfolg prämiert wird. Die Hochschulen sollen künftig 10 % der Mittel für qualitätsverbessernde Maßnahmen einsetzen. Ich sage dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Wissenschaftsminister ein ganz herzliches Dankeschön dafür, dass der Finanzierungsanteil des Bundes am BAföG in Bayern zur Gänze für die Bildung und die Wissenschaft ausgegeben wird. Wir haben damit 230 Millionen Euro mehr für Bildung und Wissenschaft zur Verfügung. Dieses Geld wird bei uns auch dafür ausgegeben. Die meisten Bundesländer, Baden-Württemberg vielleicht ausgenommen, tun das nicht. Sie stecken viel erspartes Geld in den allgemeinen Haushalt, aber nicht in den Bildungshaushalt. Die Mittel, die wir aus Berlin für Bildung und Forschung erhalten haben, werden dort ankommen. Das sind Leistungen, die sich sehen lassen können. Die CSU ist stolz, einen Bildungshaushalt zu beschließen, wie es ihn in der Geschichte dieses Hauses noch nie gab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Freller. Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Zacharias zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Erst mal lächeln. – Verehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wo ist das Feuer?)

- Oh, was der Charly Freller kann, das kann ich dreimal mehr. Ihm musste ich erst den Knopf andrehen, damit er Gas geben konnte. Bei mir ist das grundsätzlich möglich.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Eine Preußin kann das!)

- Um das einmal öffentlich zu klären: Ich bin halb Nordfriesin und halb Österreicherin. Mich als "Preußin" zu verunglimpfen, ist eine lustige Herangehensweise. Wir üben nochmal, was die geografischen Feinkenntnisse angeht.

Kolleginnen und Kollegen, die Internationalisierung ist ein großes Thema der Universitäten und der Hochschulen Bayerns. TU-Präsident Professor Dr. Herrmann und ich sind einig, dass wir viel mehr Vorlesungen auf Englisch oder in anderen Sprachen halten müssen, um international konkurrenzfähig zu sein. Deshalb wollte ich meine Rede zunächst auf Englisch halten. Das lasse ich einmal, damit mich der Block dort drüben gut verstehen kann.

(Widerspruch bei der CSU)

- Genau das ist euer Problem. Ihr wollt nicht das verstehen, was wir richtigerweise sagen. Ihr hört nicht das, was ihr nicht hören wollt.

Zur Sache: Herr Minister Spaenle hätte bei diesem Doppelhaushalt mit knapp 6,5 Milliarden Euro für die Hochschulen und die Kultur einen Schwerpunkt setzen können. Er hätte diese Chance gehabt. Was macht er draus? – Nichts. Ich führe das kurz aus: Die genannten 6,5 Milliarden Euro sind auf so viele Titel und Einzelmaßnahmen verteilt, dass man sie nur schwer herauslesen kann. Noch schwieriger wird es, die Mittel des Bundes für das BAföG in Höhe von 140 Millionen Euro zu finden, die uns dankenswerterweise zurückgegeben wurden. Herr Spaenle, Sie haben im Ausschuss versprochen, uns darüber eine Auflistung zu bringen. Die habe ich bis heute nicht. Warum wohl? – Weil das eine solche Auflistungsreihe wäre, dass sie nicht mehr beziffert werden kann.

Kolleginnen und Kollegen, die 6,5 Milliarden Euro werden beliebig verteilt. Zur Frauenförderung findet sich kein Hinweis aus der Staatsregierung. Mit einem Anteil von 16 % bei den Professorinnen sind wir im bundesdeutschen Ranking auf dem vorletzten

Platz. Herr Minister, Sie investieren kein Geld, um Frauen, die gut sind, die mehr Erstsemester und die mehr Promovierende denn je stellen, zu unterstützen. Sie tun nichts für Frauen. So viel zum partiellen Fachkräftemangel. Sie tun nichts.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu den Unis mit Dachschaden. Bei den Kulturinstitutionen gibt es Dachschäden und einen Sanierungsstau. Sie gehen keines dieser Probleme an. Mit dieser wahnsinnig hohen Summe hätten Sie die Chance gehabt, einen Akzent zu setzen. Sie wissen wie ich, dass 400 Millionen Euro pro Jahr viel zu wenig sind, um den Sanierungsstau bei den Einrichtungen, eine Altlast Ihrer Vor-Vor-Vor-Vorgänger, anzugehen. Ein Investitionsprogramm mit 400 Millionen Euro springt hier viel zu kurz.

Dort oben sitzen Studierendenvertreter. Die Verfasste Studierendenschaft ist ein Teil der demokratischen Hochschule, was Sie noch nicht verstanden haben. Dafür braucht man Geld. Wir haben versucht, mit einem Änderungsantrag dieses Geld in den Haushalt einzustellen.Sie, Herr Minister, wischen darüber hinweg. Sie möchten keine Mitsprache von Studierenden. Sie möchten keine jungen Menschen, die Lust auf Politik und Hochschulpolitik haben und mitwirken möchten. Sie wollen kein Geld in die Hand nehmen. Ich finde, das ist erbärmlich. Ich schäme mich dafür, dass Sie den jungen Menschen nicht die Chance zugestehen, Großes zu bewirken.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu einem Thema, das mich noch mehr bewegt, nämlich dem Mittelbau mit 11.300 Lehrbeauftragten und ungefähr 22.000 wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wissen Sie, wie sich dort die Arbeitssituation darstellt, Herr Spaenle? Wissen Sie das? – Prekär! Es gibt eine Zahl: 97 % aller unter 40-Jährigen befinden sich in befristeten Arbeitsverträgen. 97 % aller unter 40-Jährigen! Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Es ist die Zeit, in der man Kinder bekommt oder Familie plant. Wie soll man beides machen, wenn man keine Planungs-

sicherheit und keine Karriereperspektive hat? Fast jeder unter 40 sitzt auf einem befristeten Arbeitsplatz, wobei die Befristung zum Teil nur – jetzt geben Sie Obacht – drei Monate läuft. Einen dreimonatigen Arbeitsvertrag – wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, wie man bei uns im schönen Schwabing mit einem dreimonatigen Arbeitsvertrag wohnen kann, Herr Minister? Dieser Arbeitsvertrag wird höchstens in Kettenarbeitsverträgen verlängert und eröffnet keine Zukunftsperspektive, keine Familienperspektive und keine berufliche Perspektive. Wir wissen, dass rund 80 % aller Vorlesungen von Lehrbeauftragten gehalten werden. Wie zahlen wir sie? Erbärmlich!

Die Situation hat sich übrigens noch durch die von Ihnen so gelobten Drittmittel verschärft. Drittmittel verschärfen die Situation derer, die in befristeten Arbeitsverträgen oder als Lehrbeauftragte an Universitäten und Hochschulen tätig sind. Wir schauen dabei zu und lassen es zu, dass noch mehr Menschen in befristeten Arbeitsverträgen arbeiten. Dass Sie sich da nicht schämen, ist mir ein Rätsel.

Wenn wir die Grundfinanzierung – das haben meine beiden Vorredner Dr. Piazolo und Verena Osgyan bereits angesprochen – sicherstellen, dann würden wir den Hochschulbereich, den tertiären Bildungsbereich, grundsätzlich gut finanzieren. Dann könnte man die dort beschäftigten Frauen und Männer auch gut mit finanziellen Möglichkeiten ausstatten, sprich gut bezahlen. Das wollen Sie nicht, und deswegen ist die Grundfinanzierung der Hochschulen und Universitäten seit den Siebzigerjahren eine Aushöhlungsmaschine, die funktioniert. Aber irgendwann wird das zusammenbrechen. Ich möchte nicht dabei sein, wenn Sie dann das große Lamento anfangen.

Ich möchte noch etwas zu den BAföG-Mitteln sagen, weil mir die Zeit verrinnt: Ich bin dankbar dafür, dass wir im Bund gemeinsam beschlossen haben, die Länder zu entlasten. Es sind übrigens 140 Millionen Euro im Jahr, Herr Kollege Freller, nicht 230 in zwei Jahren. In der Sache bin ich aber großzügig. 140 Millionen Euro im Jahr – man könnte denken, jetzt kommt der Fachminister und zeigt eine Strategie auf. Ich habe ihn das im Frühjahr auch gefragt: Herr Minister, 140 Millionen Euro kommen, was ge-

denken Sie zu tun? Hunderte von "Kleinmaßnähmchen" – ich weiß gar nicht, wie das Wort kleiner zu sagen ist. Da reitet ein Ministerpräsident auf seinem schwarzen Roß nach Pfarrkirchen und schwupp, kommt dort eine Hochschuleinrichtung hin. Es wird über das Land geritten und hier und dort verteilt. Abgeordnete, die etwas auf sich halten, kämpfen vor Ort dafür, dass dort eine Hochschule oder universitäre Einrichtung hinkommt, auch wenn es nur eine Kleinstmaßnahme ist. Das ist strategie- und zukunftsbefreit. So werden Sie den Hochschulstandort Bayern nicht in die Zukunft führen, wenn Sie nur jeder Blume ein wenig Wasser geben, während diese trotzdem den Kopf hängen lässt. Das reicht nicht, Sie müssen düngen, wässern und ordentlich investieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, auch in Kulturfragen – das hat Herr Kollege Piazolo schon ausgeführt - - haben Sie alle unsere Anträge - Herr Freller, wenn Sie mir zugestehen, dass die Anträge der SPD gar nicht so schlecht waren, zum Beispiel in Bezug auf das Netzwerk Kultur für die Städte, diese aber dann doch aus inhaltlichen oder finanzpolitischen Gründen abgelehnt werden, dann ist das nicht mein Verständnis. Es ist undemokratisch, wenn alle Anträge der Opposition bar jeder inhaltlichen Diskussion einfach weggewischt werden. Das ist die Arroganz der Macht. Dort oben auf der Tribüne sitzen die Menschen, die das Geld für die Hochschulen und den Kulturbereich brauchen. Ihr habt nicht dafür gesorgt, dass mehr ankommt.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Zacharias. Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Jörg von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, liebe Isabell, ich denke, die Zuhörer und Gäste, die hier sind, wissen es nicht, aber es ist ein völlig normaler Vorgang, dass wir in Ausschüssen kollegial zusammenarbeiten, die CSU genauso Vorschlägen der Opposition zustimmt wie anders herum.

Wir haben in der letzten wie in dieser Legislaturperiode vieles gemeinsam gemacht. Bei Haushaltsberatungen muss aber irgendwann der Topf geschlossen werden. Die Praxis ist in anderen Bundesländern, in denen Sie Verantwortung tragen, nicht anders. Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg. So läuft parlamentarische Demokratie.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich auf die Vielfältigkeit an unseren Hochschulen eingehen, weil sowohl Herr Professor Piazolo als auch Frau Osgyan das angesprochen haben. Im Übrigen widersprechen sich die Aussagen; die einen sagen, wir seien vielfältig unterwegs, während die anderen sagen, wir seien nicht vielfältig unterwegs. Wir haben 66.500 neue Studierende, die im Herbst begonnen haben und sich mit viel Motivation in unseren Hochschulen weiterbilden. Sie sind glücklich, dass der Steuerzahler derart viel Mittel in die Hochschulen steckt. Ich nenne nur fünf oder sechs Studierende stellvertretend für die 66.500: Wir haben zum Beispiel Asmar aus Jordanien, die Medizin studiert. Wir haben zum Beispiel aus Tokio einen Studierenden, der an der Hochschule für Musik eingeschrieben ist. Wir haben zum Beispiel Karl-Heinz, der ein schweres Schicksal hat, weil er nach einem Verkehrsunfall die Beine verloren hat und als Behinderter an der Hochschule studiert. Wir haben zum Beispiel den frühverrenteten Senior, der sich ein Seniorenstudium vorgenommen hat und seit Herbst studiert. Wir haben zum Beispiel die Zahnarzthelferin, die als beruflich Qualifizierte ihr Zahnmedizinstudium aufgenommen hat. Ich sage nur soviel zur Vielfalt an unseren Hochschulen.

(Beifall bei der CSU)

Hinzu kommt noch: Noch nie gab es so viele Studiengänge, wie wir sie aktuell haben. Das ist Ausfluss dessen, wie wir die Hochschulen in Bayern ausstatten. Die Möglichkeit, dual, virtuell, berufsbegleitend oder modular zu studieren, wird den einzelnen Studierenden in einer Form gerecht, wie wir das in der Hochschullandschaft bisher noch gar nicht vorgefunden haben. Ich bin wahnsinnig stolz auf meine Fraktion; schauen

Sie sich einmal die Entwicklung der Haushalte in den letzten Jahren an: 2001 hatten wir 3,8 Milliarden Euro für die Hochschulen und Kultur; mittlerweile liegen wir bei 6,5 Milliarden Euro. Ich sage der CSU-Landtagsfraktion Dank.

(Beifall bei der CSU)

Das ist keine Selbstverständlichkeit; das sage ich stellvertretend für all diejenigen, die in der Hochschulpolitik besonders kämpfen. Nicht einen einzigen werbenden Satz habe ich an meine Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Landtagsfraktion richten müssen, dass die Studienbeiträge, wie im Kabinett beschlossen, kompensiert und angepasst werden und jetzt statt bisher 189 Millionen Euro bei über 195 Millionen Euro liegen werden. Herzlichen Dank!

Im Übrigen zur Beteiligung der Studierenden: Uns ist es wichtiger, dass die Studierenden dort, wo die Musik spielt, gut vertreten sind. Deswegen haben wir in der letzten Legislaturperiode den zweiten studentischen Senator eingeführt.

Im Übrigen hätte man von der Arithmetik her durchaus anders vorgehen können. Es handelt sich um Steuermittel, die jetzt zur Verbesserung der Studienbedingungen mit der Kompensation der Studienbeiträge fließen. Das ist ein Bruch der sonstigen Arithmetik, jetzt zu sagen: Das dürfen die Studierenden unmittelbar mitgestalten. Es war uns wichtig, dass die Studierenden, egal, ob es die eigenen oder die über die Steuerzahler direkt zur Verfügung gestellten Mittel sind, mitentscheiden können. Das ist das, was wir wollen. Die Studierenden können wirklich etwas entscheiden, anders, als in der Verfassten Studierendenschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin stolz auf unsere bayerischen Hochschulen, weil diese gut aufgestellt sind. Wir setzen Rahmenbedingungen und stellen die Mittel zur Verfügung. Aber das Ausgestalten findet vor Ort statt. Ich sage allen in der Hochschulfamilie herzlichen Dank, dass

die Hochschule in Bayern funktioniert: vom Koch in der Mensa bis hin zu den Hochschulleitungen und den Professorinnen und Professoren.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke der Bayerischen Staatsregierung, unserem Ministerpräsidenten, Ludwig Spaenle und vor allem auch unserem Finanzminister und den beiden zuständigen Staatssekretären, weil wir den Haushalt in einer Art entwickelt haben, die wahre Freude macht. Wir haben uns oft zusammengesetzt und gemeinsam die Schwerpunkte festgelegt, die Sie heute im Haushalt vorfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, dass immer mehr geht und dass noch manches wünschenswert wäre; wir sind doch alle leidenschaftliche Bildungspolitiker. Aber wir müssen Schwerpunkte setzen und bedenken, dass wir unsere Hochschulen über viele Jahre hinweg zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs und wegen der Aussetzung der Wehrpflicht mit über 50.000 neuen Studienplätzen und 150.000 Quadratmeter zusätzlichem Raum fit gemacht haben.

(Zuruf von der SPD)

- Nicht nur mit Bundesmitteln. Da steckt auch bayerisches Steuergeld drin. Wir sind zwar super unterwegs, können aber auf der anderen Seite nicht alles auf einmal erledigen.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass wir das Bestandseigentum des Freistaats Bayern – es geht ja nicht nur um Neubauten und Neuanmietungen – pflegen müssen.

(Zuruf von der SPD)

– Sie fordern mehr; das ist Ihr gutes Recht. Aber ich lasse mir von Ihnen nicht zerreden, dass wir trotzdem Signale setzen. Ich danke herzlich dafür, dass wir die Bauunterhaltsmittel von 34 auf 38 Millionen Euro erhöhen, die Mittel für kleine Baumaßnahmen von 13 praktisch auf 25 Millionen Euro erhöhen und damit verdoppeln und die

Mittel für die großen Baumaßnahmen von 380 auf 434 Millionen Euro hinaufsetzen. Da kann ich nur sagen: Respekt, das kann sich doch sehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben nicht nur für die Hochschulen Verantwortung, sondern auch für die Universitätsklinika. Wir wissen, dass sie es schwer haben. Wir wissen, dass sich die Münchner sehr schwer tun und die anderen gerade so eine schwarze Null schreiben. Deswegen waren uns in der CSU-Landtagsfraktion mit unserem zuständigen Staatsminister die Klinika ein Herzensanliegen.

Sie kennen die Personalkostenschere, die in den letzten Jahren aufgegangen ist. Denen, die nicht im Thema sind, sage ich: An der Universität werden Erhöhungen infolge von Tarifanpassungen automatisch übernommen. Bei Universitätsklinika kann man das nicht machen, sondern da muss man um die Mittel kämpfen und streiten. Wir haben das erfolgreich gemacht und konnten die Mittel um nicht weniger als 6,5 % anheben. Das ist spitze.

Es ist schade, dass niemand über Kultur im Freistaat Bayern spricht.

(Zuruf von der CSU)

– Deine zwei Vorredner überhaupt nicht, und bei dir bedanke ich mich. Du hast das angerissen. – Wir haben – das war uns wichtig – beschlossen, dass die Mittel aus den Kultursäulen I und II – Sie kennen den Umfang – von einer Viertelmilliarde bis 2018, die beim letzten Mal erhöht wurden, fortgeschrieben werden. Es geht vor allem um die Musikpflege und die nichtstaatlichen Theater, Museen und Orchester, also um diejenigen, die draußen in der breiten Fläche Kultur machen. Denn die Sing- und Musikschulen, die Musikvereine und die Trachtenvereine, die draußen wirken, machen unser Land zu dem, was Bayern ist, nämlich liebens- und lebenswert. Ich finde, dass der Haushalt gut aufgestellt ist, um unseren Kindern von der Schule bis zur Hochschule,

zur akademischen Bildung eine Zukunft zu geben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Jörg. Einen kleinen Moment noch. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Professor Piazolo. Bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Oliver Jörg! Ich verfolge die Haushaltsdebatte seit eineinhalb Tagen und erlebe ständig, dass die Redner der CSU der eigenen Fraktion für das ausgegebene Geld danken. Ich möchte deutlich machen, dass das kein Geld der CSU-Fraktion, sondern Geld des Steuerzahlers ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Für dieses Geld trägt auch das gesamte Parlament Verantwortung.

(Unruhe bei der CSU)

Oliver Jörg (CSU): Habt ihr letztes Mal dem Haushalt zugestimmt?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment! Er ist noch nicht fertig, Herr Jörg.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Eine zweite Bemerkung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben uns beim Justizhaushalt der Stimme enthalten, weil wir den Eindruck hatten, dass die CSU-Fraktion unseren Forderungen entgegengekommen ist. Ansonsten verweise ich auf das, was ich gesagt habe. Wenn Ihre Fraktion allen mehr als 200 Anträgen unserer Fraktionen nicht zustimmt, von denen, denke ich, der eine oder andere sicher vernünftig ist, kann man dem Haushalt nicht zustimmen. Auf jeden Fall ist es das Geld des bayerischen Steuerzahlers.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der GRÜNEN)

Oliver Jörg (CSU): Es ist das Geld derjenigen, die morgens früh aufstehen, zur Arbeit gehen, Frühschicht haben und für das Geld sorgen, mit dem wir in Bayern viel gestalten können. Aber wer gestaltet denn? Und wer hat dafür die politische Verantwortung? Das ist nun einmal die CSU-Landtagsfraktion. Sie haben dem letzten Haushalt nicht zugestimmt. Schauen wir einmal, wie die Abstimmungen morgen laufen werden. Ich verlasse mich nicht auf Sie,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist nicht Ihr Geld!)

sondern ich verlasse mich auf diejenigen, die die Verantwortung für die Gestaltungsmöglichkeiten im Hochschulbereich tragen, und das ist die CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn wir Geld ausgeben, schreien Sie, wir seien Schuldenmacher; aber wenn Sie Geld ausgeben, danken Sie dafür der CSU!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. Jetzt hat der Herr Staatsminister Dr. Spaenle das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Mit einem Etatansatz von 17,9 Milliarden DM im Jahr 2016 wird Bayern - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sind Sie für die Wiedereinführung der D-Mark?)

– 17,9 Milliarden Euro wären 34 Milliarden D-Mark nach alter Rechnung. Mit diesem Betrag wird Bayern so intensiv wie kein anderes Land in Bildung, Hochschule, Wissenschaft und Kultur investieren. Das ist die Botschaft, die heute ins Land geht. Bayern investiert in die Zukunft seiner jungen Menschen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Egal, in welcher Währung!)

Was ich heute erlebt habe, ist Klagen auf mäßigem Niveau.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): So werden Sie nicht Ministerpräsident!)

– Wir geben Ihnen, Herr Gantzer, die Chance zu einem öffentlichkeitswirksamen Fallschirmsprung. – Wir geben den jungen Menschen in diesem Land, jedem Einzelnen, die Chance, die er benötigt, um seine Talente und Begabungen zu entwickeln. Wir haben wegen der Weiterentwicklung des digitalen Bildungssystems und aufgrund der Tatsache, dass die Schulen da Hilfestellung geben, wo die jungen Menschen, wenn sie eine Schule verlassen und eine andere Schule besuchen, die Möglichkeit, Übergänge zu organisieren. Wir ermöglichen es, dass die jungen Menschen in unserem Land die Zeit bekommen, die sie benötigen, um einen erfolgreichen Abschluss zu erreichen. Das ist unser Gegenentwurf zur alten Klamotte der Gemeinschafts- und der Gesamtschule.

Mit diesem Entwurf erhöhen wir die Bildungschancen der jungen Menschen von der flexiblen Grundschule über die Mittelschule, ein Erfolgsmodell, das von Ihnen vor drei Jahren noch totgeredet wurde. Wir haben die Möglichkeit des Anschlusses an den mittleren Abschluss geschaffen, den inzwischen über 30 % der jungen Menschen erreichen. Darüber hinaus haben die jungen Menschen die Möglichkeit, mit einem mittleren Abschluss zu einer Hochschulzugangsberechtigung und zu einem Hochschulabschluss zu kommen. Mit der zweiten Säule einer flächendeckend ausgebauten beruflichen Oberschule ist es auch möglich, das Allgemeinabitur zu erreichen. Über 40 % der jungen Menschen, die in Bayern eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben – so viele wie kaum in einem anderen Bundesland –, tun dies auf diesem Weg.

Das bayerische Bildungswesen setzt Bildungsgerechtigkeit in hohem Maße um. Dazu gehören auch die Garantien, die der bayerische Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ausgesprochen hat. Eine ganz wesentliche ist der Erhalt der kleinen Grundschulstandorte, die rechtlich selbstständig sind, in der Fläche. Hier investieren

wir gewaltig, um das wohnortnahe Bildungswesen mit der Grundschule vor Ort am Leben zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Wir kommen mit der Zusage, dass für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre flächendeckend – das ist ein wichtiges Kriterium – Ganztagesangebote aufgebaut werden, um dem gesellschaftlichen Bedarf in der Fläche wie in den Ballungsräumen Rechnung zu tragen, einem Wunsch vieler Eltern und der kommunalen Familie nach. Wir sind im Moment im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Ich darf an dieser Stelle dem Kollegen Eisenreich danken, der hier federführend ist. Wir wollen das Betreuungsangebot im Bereich der Grundschule neben der Mittagsbetreuung und der gebundenen Ganztagesschule durch die Möglichkeit der offenen Ganztagesschule erweitern.Dieses Angebot besteht; es liegt mit einem Gegenwert von 166 Millionen Euro auf dem Tisch. Wir wollen die Einhaltung der Rahmenzeiten nach 16.00 Uhr und am Freitag unterstützen, um der familiären Situation und der Betreuungssituation im Einzelfall gerecht zu werden. Wir sprechen insgesamt über die Aufgabe, die beide Partner, nämlich die Kommunen und der Freistaat, verantwortungsvoll zu teilen haben, wie wir die ganztagsschulische Betreuung, aber auch Betreuungsnotwendigkeiten etwa in den Ferienzeiten und in den Randzeiten bewältigen können.

Dafür sorgen wir mit massiven Investitionen. Wir nehmen den Auftrag ernst, jungen Menschen, die besondere Unterstützung brauchen, diese Unterstützung zukommen zu lassen. Ich bin allen dankbar, die sich jetzt schon in der zweiten Legislaturperiode in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe diesem Thema widmen. Wir investieren massiv in diesem Bereich. Wenn dieser Doppelhaushalt so beschlossen wird, werden allein für die Schulen mit dem Schulprofil "Inklusion" und vielen weiteren Einzelangeboten, die die interfraktionelle Arbeitsgruppe festlegt, insgesamt 600 zusätzliche Planstellen zur Verfügung stehen. Wir haben die Investitionen in die Stammschulen und den Aufbau weiterer Kapazitäten in den Mobilen Sonderpädagogischen Diensten deutlich vorangetrieben.

Wir werden die Möglichkeiten der Schulart, die der größte Teil der jungen Menschen besucht, nämlich das bayerische Gymnasium, entsprechend den von mir benannten Kriterien fortentwickeln. Wir eröffnen also auch am Gymnasium die Chance, dass Kinder und junge Menschen, die zusätzliche Förderung brauchen, gefördert werden. Das gilt übrigens nicht nur für diejenigen, die Unterstützung brauchen, sondern wir werden mit der Weiterentwicklung der Förderkulisse in der Mittelstufe auch die Begabten und Hochbegabten fördern. Somit konzentrieren wir uns nicht nur auf einen Teil des Begabungsspektrums. Diese Weiterentwicklung vollziehen wir mit insgesamt über 600 Planstellen, wenn man die mobile Reserve und die integrierte Lehrerreserve für das bayerische Gymnasium dazuzählt. Wir werden uns in den kommenden zwei Jahren in einer Pilotphase gemeinsam mit den Schulen mit der individuellen Lernzeit befassen und uns so weiterentwickeln, dass auch für die Gymnasien diesbezüglich Möglichkeiten eröffnet und angeboten werden.

Die beruflichen Schulen bilden einen wichtigen, starken Zweig des bayerischen Bildungswesens. Die duale Ausbildung in ihrer ganzen Vielfalt ist ein Schmuckstück der bayerischen Bildungslandschaft. Auch hier sind weiterhin Anstrengungen zu unternehmen, um die besonderen Herausforderungen angehen zu können. Damit meine ich zum einen, dass die Standorte von Berufsschulen für manche Berufsbilder sehr weit im Land verteilt sind, während die Nachfrage nach diesen Berufen nachlässt, seien es Agrar-, Holz- oder Bauberufe oder andere. Auf der anderen Seite besteht die Notwendigkeit, die Beschulung für sehr moderne und zugleich sehr differenzierte Berufsbilder zu gewährleisten. Diese ganz besondere Herausforderung wollen wir bewältigen, ohne die Berufsschulstandort-Landschaft im Flächenstaat Bayern auszukehren, wenn man es so sagen darf. Wir werden diese Entwicklung gemeinsam mit den zuständigen Verbänden, Innungen und Kammern vorantreiben, weil wir hier auch in der Form der Beschulungen eine hohe Flexibilität brauchen.

Eine ganz besondere Herausforderung auf dem Gebiet der Bildung ergibt sich aus der Tatsache, dass viele Tausend junge Menschen zu uns kommen, die Schutz suchen,

die flüchten mussten bzw. sich als Asylbewerber in Bayern aufhalten. Für sie wenden wir ein von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesflüchtlingsrat empfohlenes, bundesweit bekanntes Modell der Schulung an. Diese Aufgabe ist akut zu bewältigen. Dafür setzen wir Mittel in erheblichem Umfang ein. Ich bin ganz Ihrer Meinung: Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil dieser jungen Menschen bei uns bleibt und deshalb auch besondere Anstrengungen für die Zukunft notwendig sind, um die Bewältigung der Herausforderungen zu gewährleisten, damit sie erfolgreich einen Bildungsabschluss, gleich welcher Art, in Bayern erreichen können. Wir können deshalb allen jungen Menschen, die an Grund- und Mittelschulen entsprechende unterrichtliche Angebote wahrnehmen, den Besuch von Übergangsklassen anbieten, deren Zahl wir in der Fläche von 324 zu Beginn des Schuljahrs auf über 340 erhöht haben. Selbstverständlich wird auch an den Schulstandorten, an denen die jungen Menschen Regelklassen besuchen, mit Möglichkeiten der Förderung in der deutschen Sprache die entsprechende Unterstützung gewährt.

Wir bieten an den beruflichen Schulen ein bundesweit einmaliges Modell für junge Menschen an, die dort in einem Alter zwischen 16 und 21 Jahren ihrer Berufsschulpflicht nachkommen. Dieses auf zwei Jahre angelegte Modell wird durch das Zusammenwirken von Sozialpädagogen und beruflichen Schulen ermöglicht, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Sprachförderung gesetzt wird. Nach diesen zwei Schuljahren sollen die Aufnahme einer dualen Ausbildung und die Bewältigung der damit verbundenen Anforderungen an den beruflichen Schulen erfolgreich möglich sein. Auch hierfür investieren wir in hohem Umfang. Wir müssen hier weiter investieren, weil die Zahl der jungen Menschen, die der Berufsschulpflicht unterliegen und die einschlägige Bildung nachfragen, weiter zunehmen wird.

Wir haben in den Erstaufnahmeeinrichtungen, beginnend in den Dependancen in München und Zirndorf, vom ersten Tag an Sprachangebote geschaffen, die sich an Kinder richten, die noch nicht schulpflichtig sind. Wir erteilen die Angebote in München in einem Sechs-Wochen-Rhythmus und werden an anderen Standorten ebenso ver-

fahren, um so früh wie möglich Sprachbegegnung zu ermöglichen und zu gewährleisten.

In der schulischen Bildung haben wir insgesamt also große Aufgaben zu bewältigen, die der Qualität des bayerischen Bildungswesens im nationalen und internationalen Vergleich einen entsprechenden Ausweis liefern. Das eine ist die Statistik, das andere ist die Wahrnehmung der Bildungschancen der jungen Menschen in unserem Land. Dabei setzen wir bewusst auf die Konzeption eines differenzierten, stark durchlässigen, Anschluss gewährenden Bildungssystems, das auf die besondere Entwicklung junger Menschen ausgerichtet ist, die für das Erreichen desselben Bildungsziels unterschiedlich viel Lernzeit benötigen. Diese Konzeption unterstützen wir mit jährlich über 11 Milliarden Euro.

Ich bin meiner Fraktion an dieser Stelle sehr dankbar. Das hat schlicht und einfach damit zu tun, dass Beschlüsse in diesem Haus mit Mehrheit getroffen werden und die über 2.100 Stellen aus der demografischen Rendite in vollem Umfang den bayerischen Schulen zur Verfügung stehen, um damit weitere und neue Aufgaben zu bewältigen. Dies geschieht in Ausübung des vornehmsten Rechts dieses Hohen Hauses, nämlich des Haushaltsrechts. Die Stellen aus der demografischen Rendite sind die Stellen, die rechnerisch nach dem Plausibilisierungsverfahren, das die Staatsregierung anwendet, frei werden, weil die entsprechenden Schülerzahlen als ursprüngliche Hinterlegung dafür aufgrund der demografischen Entwicklung nicht mehr da sind bzw. nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn man es so ausdrücken will. In diesem Doppelhaushalt geht es um über 2.100 Stellen; das ist schon angesprochen worden. Bis 2018 wird es sich um mehrere Tausend Planstellen handeln.

Mit circa 87.000 Beamtenplanstellen haben wir einen Höchststand erreicht. Wenn man alle Tarifbeschäftigten dazuzählt, errechnet man eine Zahl von weit über 100.000 Menschen, die in diesem Land als Lehrerinnen und Lehrer ihrer Berufung zum Wohle der jungen Menschen in Bayern durch ihre berufliche Tätigkeit an der Schule nachgehen. Ich möchte an dieser Stelle unseren Lehrkräften, Schulleitungen,

Verwaltungskräften, all denen, die mit ihren pädagogischen Berufen das bayerische Bildungswesen gestalten, ein herzliches Dankeschön dafür sagen, dass sie dies tun. Welche Bedeutung der Staat diesem Aufgabenbereich zumisst, sehen Sie an der gewaltigen Summe von über 11 Milliarden Euro, die pro Jahr für die schulische Bildung in Bayern investiert werden.

(Beifall bei der CSU)

Die Inklusion ist ein sehr wichtiges Aufgabenfeld. Dabei gehen wir in Bayern einen besonderen Weg. Wir setzen nämlich auf eine ganz besondere, dem Einzelnen zugewandte Palette von Maßnahmen. So ermöglichen wir, dass eine steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern an den Regelschulen ihren individuellen Bildungsweg geht, unterstützt durch entsprechende sonderpädagogische Angebote. In Bayern gibt es weit über 100 Schulen mit dem Schulprofil "Inklusion". Übrigens trifft das für alle Schularten bis hin zu den beruflichen Schulen zu. Die Schulen, die sich diesem Thema besonders widmen, werden mit Sonderpädagogen und zusätzlichen Stundenkontingenten, die eine solche Beschulung als dauerhafte zusätzliche Profilaufgabe ermöglichen, unterstützt.

Wir halten aber auch die wichtige Tatsache fest, dass wir Kompetenzzentren, nämlich die Förderschulen und die sonderpädagogischen Förderzentren, benötigen, um jungen Menschen, die auf ihrem Bildungsweg eine bestimmte sachliche und fachliche Unterstützung brauchen, diese Unterstützung zu gewähren. Das gehört zu einem differenzierten Bildungswesen in Bayern.

Auch die kirchlichen und privaten Schulträger unterstützen wir durch zusätzliche Maßnahmen. So wird etwa der Schulgeldersatz von 100 auf über 102 Euro pro Monat angehoben. Außerdem wollen wir auf dem Gebiet der investiven Mittel Zusätzliches leisten. Die kommunalen Schulen sind als verlässliche Partner ebenso ein wichtiger Bestandteil des schulischen Spektrums in Bayern, das sich im nationalen Vergleich mehr als sehen lassen kann. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die einschlägi-

gen Untersuchungsergebnisse hin. Sie sprechen letztlich für die Chancen, die die jungen Menschen an Bayerns Schulen erhalten.

Das gesamte Bildungswesen umfasst natürlich nicht nur den Primar- und den Sekundarbereich, sondern auch das zentrale Zukunftsfeld der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Hochschulen, Universitäten und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Bayern ist hier ein großer Player, sowohl was die Entwicklung der Studienmöglichkeiten als auch was die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung angeht. Bayern investiert auf diesem Gebiet wie kein anderes Land.

Auf eines möchte ich hinweisen – dies gilt mit Ausnahme von Baden-Württemberg; dies attestiere ich der Kollegin ausdrücklich –: Der übergroße Teil der Länder in der Bundesrepublik Deutschland hat einen Vorteil davon, dass der Bayerische Ministerpräsident ganz wesentlich daran mitgewirkt hat, dass bei der Aufteilung der Zuwächse im Bereich von Bildung und Wissenschaft für den Bereich Wissenschaft und schulische Bildung 5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Dabei werden 1,2 Milliarden Euro Länderanteil am BAföG durch den Bund übernommen. Übrigens waren eingangs dieser Verhandlungen nicht alle Mitwirkenden in der Großen Koalition der Meinung, dass diese Mittel für Wissenschaft und schulische Bildung zur Verfügung gestellt werden sollen; es gab durchaus andere Vorstellungen. Letztlich hat sich die Koalition in Berlin auf diesen richtigen Weg verständigt. Wenn man allerdings genau darauf sieht, wer davon auch im Sinne des Erfinders Gebrauch macht, nämlich im Sinne dieser Vereinbarung der beiden Koalitionspartner in Berlin, und diese Mittel zu 100 % in Schule und Wissenschaft investiert werden, stellt man fest, dass zehn oder zwölf Länder genau das Gegenteil tun. Ganz wenige Länder investieren diese zusätzlichen Mittel von gut 160 Millionen Euro insgesamt für Wissenschaft und schulische Bildung zu 100 % in die genannten Ziele. Wir machen dies in dem Kernbereich, der angesprochen wurde, ganz bewusst.

Die bayerischen Universitäten und Hochschulen waren aufgrund ihrer Leistung in den letzten 10, 15 Jahren so erfolgreich, dass die Schere – das ist kein bayerisches Phä-

nomen, aber trifft Bayern natürlich im Besonderen – zwischen den Mitteln der Grundausstattung, die den Hochschulen und Universitäten zur Verfügung stehen, und den Mitteln, die aufgrund des Erfolgs im wettbewerblichen Wissenschaftsleben gewonnen werden, entweder im Bereich der Exzellenz-Initiative oder vieler anderer projektorientierter Förderprozesse, wie zum Beispiel durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und viele andere, weiter auseinander geht. Das ist ein Exzellenzausweis der Leistungskraft der bayerischen Hochschulen und Universitäten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine klare Feststellung. Damit ist allerdings etwas beschrieben, das ich auch schon zu Beginn meiner Amtszeit deutlich gemacht habe. Es handelt sich um eine Problemstellung, der wir uns widmen müssen, nämlich das Auseinandergehen der Schere zwischen denjenigen, die an den wissenschaftlichen Einrichtungen und den Hochschulen fest oder unbefristet angestellt sind, und denjenigen, die befristet beschäftigt sind. Das ist eine Entwicklung, die durch ein positives Gesamtergebnis der Leistungsstärke der bayerischen Wissenschaftslandschaft begründet ist, die uns aber nicht ruhen lassen darf. Deswegen investieren wir den Löwenanteil dieser 140 Millionen Euro jährlich in die Verbesserung der Grundausstattung jeder bayerischen Hochschule und Universität.

Im Übrigen ist am 27. November der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses umfangreich über den projektbezogenen Einsatz der BAföG-Mittel unterrichtet worden. Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen und die Sprecher der Fraktionen im Wissenschaftsausschuss dies bereits zur Kenntnis haben. Vielleicht kann man das Frau Kollegin Zacharias überreichen – ich habe es schriftlich da, falls Sie es benötigen. Auf jeden Fall liegen Ihnen diese Informationen vor. Natürlich setzt sich dieser Betrag aus vielen 100 Einzelpositionen im Wissenschaftsetat zusammen. Die strategische Leitentscheidung ist aber, in die Grundausstattung und in die Verbesserung der Personalausstattung zu investieren. Selbstverständlich erfolgt die Vergabe von Investivmitteln zur

Verbesserung der Grundausstattung der bayerischen Hochschulen. Dies geschieht in vollem Umfang.

Es ist ein Erfolg der bayerischen Wissenschaftspolitik – wir hoffen, dass morgen die Ministerpräsidentenkonferenz zustimmt –, dass ein Kernanliegen für die Wissenschaftslandschaft in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich die Fortführung der Pakte – Kollege Freller hat es angesprochen – gelingen wird. Das bedeutet für Bayern Planungssicherheit. Das sind keine befristeten Mittel. Mit der dritten Phase des ausfinanzierten Hochschulpaktes sind mit dem Landesanteil für Bayern 2 Milliarden Euro zusätzlich zu erwarten, um das Szenarium der Erhöhung der Zahl der Studienplätze weiterzuentwickeln. Dies geschieht nicht nach irgendwelchen obskuren, veralteten Prognosen, sondern der dritten Phase des Hochschulpaktes liegt die aktuelle Studentenzuwachsprognose der KMK zugrunde, die bis 2025 reicht und von einem erst dann beginnenden Rückgang der Studierendenzahlen ausgeht. Das ist die Grundlage der dritten Phase des Hochschulpaktes, der durchverhandelt ist.

An dieser Stelle will ich unserem Ministerialdirektor, der eine ganz ausgezeichnete und wichtige Rolle gespielt hat, ein herzliches Dankeschön sagen dafür, dass dies angesichts der komplexen Lage auf Bundesebene gelungen ist. Wir werden die Investitionen in die Studienbedingungen, in den Aufbau von weiteren Studienplatzkapazitäten als Kernaufgabe der bayerischen Wissenschaftspolitik fortführen. Wir haben dies getan. Inzwischen sind den Hochschulen 3.000 Planstellen und darauf fußend weitere zweimal 400 Stellen – die letzte Tranche erfolgte zum 1. Juli des ablaufenden Jahres – zur Verfügung gestellt worden. Die 440 Stellen, die den bayerischen Universitäten zur Kompensation des Wegfalls der Wehrpflicht zur Verfügung standen, stehen den Hochschulen aufgrund einer entsprechenden Verlagerung der kw-Vermerke weiterhin in vollem Umfang zur Verfügung.

Betrachten wir das Betreuungsverhältnis. Das Betreuungsverhältnis an den bayerischen Universitäten ist mit das beste in der Bundesrepublik Deutschland; hinsichtlich

der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften gibt es andere, die besser sind, dort müssen wir uns weiter anstrengen.

Die Frauenförderung ist ein ganz wichtiges Thema. Deshalb gibt es in diesem Doppelhaushalt im Jahr 2016 eine Steigerung der Ansätze um 400.000 Euro; für das Jahr 2015 werden wir ebenfalls etwa 100.000 Euro zusätzlich zur Verfügung stellen können. – Der Internationalität entsprechen wir mit dem mit den beiden Hochschulkonferenzen in unserem Lande abgestimmten Internationalisierungskonzept mit einem Aufwand von rund 10 Millionen Euro im Jahr.

Bayern nimmt seine Verantwortung als Flächenstaat wahr. Wir sind mit Spitzenuniversitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften unterwegs, die im internationalen Maßstab reüssieren: mit den beiden Münchner Universitäten, nämlich der LMU, die in verschiedenen Rankings als die beste deutsche Universität geführt wird, und der Technischen Universität, die Exzellenz-Universitäten sind, mit allen bayerischen Hochschulen und Universitäten, die an Programmen der Exzellenz-Initiative teilgenommen haben oder teilnehmen, ebenso wie den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften mit 19 Standorten, nach dem in den Neunzigerjahren die zweite große Gründungswelle stattgefunden hat. Auf der einen Seite wird damit das Begabungspotenzial im tertiären Bereich in vollem Umfang ausgeschöpft, auf der anderen Seite wird gerade mit den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften der regionalen Entwicklung und dem regionalen wirtschaftlichen Bedarf an Technologietransfer entsprochen.

Jetzt gehen wir den dritten Schritt, nämlich wissenschaftsgestützte Netzwerke enger zu knüpfen. Das ist die strategische Leitaufgabe der akademischen Weiterbildung. Es geht um die Möglichkeit, wohnortnah qualifizierte akademische Ausbildungsangebote wahrnehmen zu können, und auf der anderen Seite darum, angewandte Forschung sowie Forschungs- und Technologietransfer an mehr als 30 Standorten zusätzlich in Bayern zu ermöglichen. Das ist zukunftsgerichtete Hochschul- und Wissenschaftspoli-

tik im Freistaat Bayern mit einem Investment im Doppelhaushalt unter Einbeziehung der Kulturausgaben von fast 7 Milliarden Euro.

Der Kulturstaat Bayern versteht diesen Verfassungsauftrag als Kern seiner Identität. Deswegen investiert der Freistaat Bayern knapp 600 Millionen Euro in Kultur, Kunst und Brauchtum. Wir unternehmen in Fortführung – Kollege Jörg hat dies angesprochen – des Kulturplanes große Anstrengungen, zum Beispiel mit den Leuchtturmprojekten, die wir weiterentwickeln, und mit dem neuen Museum für Bayerische Geschichte, für das im kommenden Mai der Spatenstich stattfindet und das dann errichtet wird. Wir werden mit der Weiterentwicklung des großen Zentrums der Erinnerung an die deutsche Teilung in Mödlareuth und mit vielen anderen Dingen ein Zeichen setzen. Wir haben entsprechende Förderprojekte für das, was wir Kultur im Lande und in der Breite nennen. Wir können dies bayernweit nachhaltig fördern. Wir können vor allem die erhöhten Ansätze fortschreiben. Das ist wichtig; damit sorgen wir für Planungssicherheit.

Lassen Sie mich am Ende den Kolleginnen und Kollegen der beiden Fachausschüsse, den Vorsitzenden, den Stellvertretern, den bildungspolitischen und den hochschulpolitischen Sprechern, allen Mitwirkenden herzlich für ein Jahr intensiver Arbeit danken. Ich selbst nehme die Aufgabe, den Kultur- und Kunststaat Bayern mit einem einheitlichen politischen Ansatz von der Grundschule bis zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu gestalten, also das, was Bayern im Innersten zusammenhält, als Kernaufgabe wahr. Ich möchte den Mitwirkenden im Haushaltsausschuss, den Berichterstattern und den Vorsitzenden herzlich danken, die diese Arbeit in den vergangenen Wochen und Monaten geleistet haben, an der Spitze Herrn Kollegen Winter, und bitte um Zustimmung zu diesen beiden für Bayerns Zukunft elementaren und wichtigen Haushalten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie noch am Pult.Wir haben zwischenzeitlich drei Anmeldungen für Zwischenfragen. Die erste Zwischenfrage kommt von Herrn Kollegen Güll. Bitte schön.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass bei Ihrer Rede ein gewaltiger Geräuschpegel war. In der Schule ist das meistens dann der Fall, wenn der Lehrer ziemlich uninteressante und wenig strukturierte Inhalte vermittelt.

(Beifall bei der SPD)

Aber zur Sache. Ich will nur einen einzigen Punkt herausgreifen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass weder diese noch jene Seite irgendetwas behalten hat von dem, was Sie gesagt haben. Sie haben aber zu dem wichtigen Thema Inklusion etwas gesagt, das uns wirklich allen unter den Nägeln brennt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin es langsam leid. Wir werden hier immer gelobt, dass wir so tolle interfraktionelle Sachen machen. Wir sind immer dann, wenn es um bildungspolitische Dinge geht, offensichtlich gemeinsam unterwegs. Wenn es aber um den Haushalt geht, dann tun Sie gerade, was Sie wollen. In der interfraktionellen Arbeitsgruppe ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Finanzierung, die im Moment läuft, überhaupt nicht geht. Wenn Sie in letzter Zeit nur einmal Zeitung gelesen hätten, dann hätten Sie den Aufschrei der Lehrkräfte, die diese Inklusion umsetzen müssen, wahrscheinlich mitbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Skandal, wie Bayern die Inklusion umsetzt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Güll. Bitte schön, Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich verstehe das Hereinkommen von Kolleginnen und Kollegen, das logischerweise mit Geräusch verbunden ist, als Interesse an der Bildungspolitik. Aber das sieht wohl jeder anders.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das Kultusministerium hält sich bei der Umsetzung der zusätzlich für Inklusion mit diesem Titel hinterlegten Stellen – 100 pro Kalenderjahr – exakt an die durch die interfraktionelle Arbeitsgruppe vorgegebene Verteilung. Ich habe Ihnen deutlich gesagt, dass wir im Bereich des Aufwuchses, etwa für mobile sonderpädagogische Dienste und andere Bereiche, in der Ausstattung der Förderschulen entsprechende Ausstattungen vorsehen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Ich habe gesagt, dass wir das auch in den kommenden beiden Jahren tun werden und dass diese gemeinsame Anstrengung, Inklusion als eine gesellschaftliche und natürlich breite bildungspolitische Aufgabe zu begreifen, nötig ist. Insofern nehme ich selbstverständlich die Mahnungen, die Profis in diesem Bereich äußern, sehr ernst. Das ist letztlich auch Grundlage der Entscheidungen für diesen Doppelhaushalt, den die Mehrheitsfraktion, wie ich hoffe, verantwortlich für dieses Land auf den Weg bringen wird.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Eine weitere Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Felbinger. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben in bewährter Weise stakkatoartig einen Ritt durch die bayerische Bildungspolitik von der Grundschule, wo Sie ganz nebenbei kundgetan haben, dass Sie künftig die rechtlich unselbstständigen Grundschulen schließen wollen, bis hin zur Hochschule vollzogen, aber ohne wirklich konkrete Aussage. Ich kann verstehen, dass die Vielfalt der Themen das gar nicht zulässt. Aber in einem Punkt hätte ich mir schon etwas mehr Aus-

sage von Ihnen gewünscht. Als Schulminister wissen Sie, das Prinzip des Wiederholens ist ein durchaus probates Mittel in der Pädagogik, um vielleicht zum Ziel zu kommen

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Die Weiterentwicklung auch!)

und Inhalte zu verstärken. Nachdem der Kollege Waschler mir vorhin keine Antwort gegeben hat und mitgeteilt hat, dass man die Beschulung von Flüchtlingskindern beobachtet und im Auge behält, möchte ich von Ihnen wissen, da dieses Thema sehr dringlich ist und nicht darauf warten kann, bis wir irgendwelche Stellen bekommen haben: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie denn für die Beschulung der Flüchtlingskinder vor? Sie haben gegenüber dem Präsidenten Wenzel vom BLLV kundgetan, dass Sie ein Notprogramm durchaus als sinnvoll erachten. Was können wir erwarten? Welche finanziellen Mittel stellen Sie jetzt den Kommunen zur Verfügung und nicht irgendwann?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Jeder nimmt das wahr, was ihm gegeben ist. Ich habe Ihnen genau die Zahlen genannt, nämlich die Zahl 328 der zu Beginn des Schuljahres eingerichteten Übergangsklassen für das laufende Schuljahr, die inzwischen auf 340 erhöht worden ist, und

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

die 180 Klassen, die wir mit dem vom mir beschriebenen Modell an den beruflichen Schulen haben. Es wird auch Ihnen inzwischen geläufig sein, dass das Schuljahr über die Grenze eines Kalenderjahres hinausgeht, sodass das, was ich in einem Schuljahr auf den Weg zu bringen habe, bis zum Ende des laufenden Schuljahres geht. Sie sehen, dass wir vom Beginn des laufenden Schuljahres an die Zahl der Übergangsklassen von 180 zum Ende des letzten Jahres auf um die 320 zu Beginn des laufen-

den Schuljahres erhöht haben. Wir haben sie zweitens mit einer Schülerzahl nicht bis zur üblichen Höchstgrenze ausgestattet, damit wir in der Fläche in der Lage sind, auf die zunehmende Schülerzahl nach Beginn des Schuljahres zu reagieren. Wir haben sie drittens im laufenden Schuljahr, wo normalerweise die Zuteilungen der Lehrkräfte schon geschehen sind, auf im Moment aktuell 340 erhöht. Sie sehen, dass wir im laufenden Schuljahr sehr wohl bedarfsorientiert vorgehen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Nur mit der mobilen Reserve!)

Wir werden genau das tun und zusätzliche Mittel einzusetzen haben; das ist klar. Wir werden die entsprechenden Lehrkräfte zur Verfügung stellen, um für das kommende Schuljahr die zunehmende Zahl von Flüchtlingskindern und Kindern von Asylbewerbern an Bayerns Schulen beschulen zu können. Wir werden Ihnen das genau darlegen, wenn zum Ende des laufenden Schuljahres die Zahlen über die Klassenbildung zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Eine weitere Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Bause. Bitte.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Minister Spaenle, Sie haben sich und die CSU-Fraktion in der letzten Stunde mit viel Eigenlob überschüttet,

(Zuruf von der CSU: Es gibt allen Grund dazu!)

was den Zuwachs im Bildungshaushalt insbesondere angeht. – Ich habe mir die Veränderung gegenüber dem letzten Doppelhaushalt 2014/2015 genau angeschaut. Da haben wir im Einzelplan 05 insgesamt 273 Millionen Euro zusätzlich. Von diesen 273 Millionen Euro gingen allein 254 Millionen Euro auf das Konto der zusätzlichen Versorgungsleistungen, also der Pensionen und der Beihilfe. Dann bleiben unterm Strich gerade einmal 18,5 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Schulen. Ich finde,

Sie sollten mit dem Eigenlob genauso sparsam umgehen, wie Sie das mit den zusätzlichen Mitteln für die Schulen tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Bause. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich lege dar, was dem Haushaltsgesetzgeber, dem Hohen Haus, zum Erreichen wichtiger politischer Ziele im Bereich der schulischen Bildung und der Wissenschaft heute vorgeschlagen ist. Das sind Zahlen, die die Verhandlungen im Haushaltsausschuss erbracht haben.

Die wichtigste Quelle in der schulischen Bildung ist die Lehrkraft. Wenn wir die demografische Rendite im vollen Gegenwert von fast 2.200 Stellen in diesem Doppelhaushalt für neue zusätzliche Aufgaben an Bayerns Schulen zur Verfügung haben plus zusätzliche Mittel plus tarifgestützte Beschäftigungsmöglichkeiten, dann ist die Kernbotschaft, dass Bayern im Gegensatz zu Baden-Württemberg, das Tausende von Lehrerplanstellen herausnimmt, diese Lehrerplanstellen für Bayerns Schulen zur Verfügung stellt

(Beifall bei der CSU)

und damit dem Anspruch der Familien und jungen Menschen in diesem Land, hochqualifizierte Bildungsangebote wahrnehmen zu können, gerecht wird.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 6 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3769 mit 17/3779, 17/3801 mit 17/3812, 17/3970 mit 17/3975, 17/3980, 17/4005, 17/4038 mit 17/4058, 17/4075 und 17/4141 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4429 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von den Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3980, 17/4041 und 17/4058 in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3980 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die Fraktion der SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/4041 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind wieder die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/4058 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind wieder die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4429 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 05 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen.

Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.31 bis 15.36 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind vorbei. Ich schließe die Abstimmung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, und bitte auch das Präsidium darum, sich wieder zu vervollständigen, damit wir fortfahren können.

Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit Sie genau hören können, welche Abstimmung wir als Nächstes durchführen.

Wir führen zwischenzeitlich die Abstimmung über den Einzelplan 15 durch, beraten im Tagesordnungspunkt 7. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3637 mit 17/3653, 17/3813 mit 17/3823, 17/3865 mit 17/3880, 17/3887, 17/3907, 17/3948 mit 17/3960, 17/4006, 17/4072 und 17/4135 mit 17/4138 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4614 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratungen angekündigt, über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3821 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.38 bis 15.41 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist geschlossen. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte alle, sich wieder hinzusetzen, weil wir jetzt noch weitere Abstimmungen durchzuführen haben. Die Zeit, die Sie jetzt noch stehen, meine Damen und Herren, müssen wir am Ende dranhängen. Es wäre deshalb besser, wenn Sie sich jetzt alle hinsetzten, damit wir mit den Abstimmungen fortfahren können. –

Wir führen zwischenzeitlich die von der SPD-Fraktion beantragte gesonderte Abstimmung in einfacher Form über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/3875 durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 05 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 90, mit Nein haben gestimmt 72, Stimmenthaltungen keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU, die Fraktion der SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte! – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen. Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 17/4429, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3803, 17/3970 mit 17/3975, 17/4005 und 17/4141 ihre Erledigung gefunden haben.

Ich komme nun zurück zum Einzelplan 15, Tagesordnungspunkt 7. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag betreffend Zusätzliche Stellen für die Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule Landshut, Drucksache 17/3821 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 54,

mit Nein haben gestimmt 88, Stimmenthaltungen 14. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4614 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen.

Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 15 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales und auf dem Stenografentisch bereit gestellt. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Es stehen wieder drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.47 bis 15.50 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gehe zurück zum Tagesordnungspunkt 7 und gebe nun das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 15 bekannt: Mit Ja haben gestimmt 92, mit Nein haben gestimmt 69, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

> Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4614 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3948 mit 17/3960, 17/4006 und 17/4135 mit 17/4138 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 15 ist damit auch abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 6: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Bildung und Kultus - (Drucksache 17/4429)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	90	72	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Martin Güll u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte
   (Kap. 05 02 neuer Tit.)
   Drs. 17/3769

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Isabell Zacharias u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Jugendkunstschulen stärken
   (Kap. 05 04 Tit. 684 02)
   Drs. 17/3770

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Ausbau der Ganztagsschulen in Bayern
   (Kap. 05 04 TG 69)
   Drs. 17/3771

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein erhöhen
   (Kap. 05 04 Tit. 684 90)
   Drs. 17/3772

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken
   (Kap. 05 04 TG 95)
   Drs. 17/3773

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm „Ganztag und Pädagogik“
   (Kap. 05 04 neue TG)
   Drs. 17/3774

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Martin Güll u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth
   (Kap. 05 05 Tit. 883 02)
   Drs. 17/3775

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Institutionelle Förderung in der Erwachsenenbildung ausweiten
   (Kap. 05 05 TG 81)
   Drs. 17/3776

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Angelika Weikert u.a. SPD
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Schulsozialarbeit
   (Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
   Drs. 17/3777

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Rückholung von 773 Stellen aus der demografischen Rendite zum 1. August 2015
    (Kap. 05 21 Tit. 422 01)
    Drs. 17/3778

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Qualitätsverbesserungen an allen Schularten
    (Kap. 05 21 Tit. 422 01 sowie
    Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 422 01)
    Drs. 17/3779

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Mittel zur Unterstützung der kommunalen Bildungsregionen
    (Kap. 05 02 neuer Tit.)
    Drs. 17/3801

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Existenzsichernde Mindestpauschale für private Grund- und Mittelschulen
    (Kap. 05 03 TG 60 - 62)

Drs. 17/3802

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Jugendkunstschulen
(Kap. 05 04 Tit. 684 02)
Drs. 17/3804

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Ganztagsschulen zur Entlastung der Kommunen
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/3805

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellen für Förderlehreranwärter
(Kap. 05 12 Tit. 422 26)
Drs. 17/3806

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Übergangsmanagement
(Kap. 05 12 neuer Tit.)
Drs. 17/3807

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rücknahme der Kürzung für Maßnahmen zur Intensivierung der Kooperation von Kindergarten und Grundschule
(Kap. 05 12 TG 52)
Drs. 17/3808

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für die Berufsorientierung an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 17/3809

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Lehrerplanstellen an Grund- und Mittelschulen, Förderschulen, Berufsschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen, Realschulen sowie Gymnasien
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/3810

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/3811

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 17/3812

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Notprogramm für Flüchtlingskinder an bayerischen Schulen
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/3980

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unterrichtsangebote für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4038

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulleitung und -verwaltung stärken
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4039

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Lehrpersonalzuschüsse für kommunale Schulen erhöhen
(Kap. 05 03 Tit. 633 82, 637 82, 633 84 und 637 84)
Drs. 17/4040

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Claudia Stamm, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulen inklusiv
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4041

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zweitlehrkräfte für inklusiv arbeitende Schulen
(Kap. 05 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4042

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulprofil Inklusion für Schulen in freier Trägerschaft
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4043

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulische Angebote zur Demokratieförderung
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4044

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Einführung neuer Schulmodelle
(Kap. 05 03 neue TG)
Drs. 17/4045

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ganztagsschulen eine Zukunft geben
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/4046

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Lehrkräftefortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/4047

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/4048

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Claudia Stamm, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schulbudget für externe Bildungsangebote - Prävention stärken
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/4049

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mittel für Erwachsenenbildung stärken
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
Drs. 17/4050

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderprogramm Schule digital
(Kap. 05 neue TG)
Drs. 17/4051

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Integrationsförderung
(Kap. 05 neue TG)
Drs. 17/4052

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Reform der Schulverwaltung
(Kap. 05 11 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 17/4053

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kooperation Kindergarten – Grundschule nachhaltig fördern
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4054

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4055

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhalt und Qualitätsverbesserung kleiner Grundschulstandorte
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/4056

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Unterrichtsversorgung plus – Lehrerreserve aufbauen
(Kap. 05 12, Kap. 05 13, Kap. 05 17, Kap. 05 18 und Kap. 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 17/4057

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Berufsschullehrerinnen und -lehrer
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 17/4058

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bestand des Landesmediendienste Bayern e.V. sichern
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
Drs. 17/4075

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 7: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Zusätzliche Stellen für die Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule Landshut (Kap. 15 38 Tit. 422 01 und 428 01 und TG 78) (Drucksache 17/3821)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael			
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	54	88	14

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 7: Haushaltsplan 2015/2016; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst - Wissenschaft und Kunst - (Drucksache 17/4614)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	92	69	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
   (Kap. 15 02 Tit. 531 11)
   Drs. 17/3637

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Inklusive Studienbedingungen an allen Hochschulen verwirklichen
   (Kap. 15 02 TG 74)
   Drs. 17/3638

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Englischsprachige Ausgabe der historisch-kritischen Edition von "Mein Kampf"
   (Kap. 15 03 neuer Tit.)
   Drs. 17/3639

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Streichung des Zuschusses an die Internationale Herrenchiemsee Festspiele gGmbH
   (Kap. 15 05 Tit. 686 03)
   Drs. 17/3640

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Erhöhung der Mittel für private Musikschulen und freiberufliche Musikpädagoginnen und Musikpädagogen
   (Kap. 15 05 Tit. 686 05)
   Drs. 17/3641

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Keine Kürzung des Kulturfonds
   (Kap. 15 05 TG 69 – 70)
   Drs. 17/3642

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Förderung des künstlerischen Nachwuchses aufstocken
   (Kap. 15 05; Tit. 686 76)
   Drs. 17/3643

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. dauerhaft fördern
   (Kap. 15 05 neue TG)
   Drs. 17/3644

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2015/2016;
   hier: Studierendenwerke stärken
   (Kap. 15 06 Tit. 686 05)
   Drs. 17/3645

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Ersatzmethoden zu Tierversuchen: Forschungsförderprogramm auflegen
    (Kap. 15 06 neue TG)
    Drs. 17/3646

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2015/2016;
    hier: Kein Einkauf von Versuchstieren
    (Kap. 15 09 Tit. 532 81)
    Drs. 17/3647

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Planung zur Errichtung eines Forschungsgebäudes für ein interdisziplinäres Zentrum für nanostrukturierte Filme
(Kap. 15 19 Anlage S Tit. 732 51)
Drs. 17/3648

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stärkung der Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 78)
Drs. 17/3649

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Interdisziplinäre Forschung für Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit – Wettbewerb für ein Interdisziplinäres Transformations- bzw. Nachhaltigkeitsforschungszentrum
(Kap. 15 49 neue TG)
Drs. 17/3650

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Musikhochschulen
(Kap. 15 59, 15 62 und 15 63, jeweils Tit. 428 01 und 427 73)
Drs. 17/3651

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 1 Stelle für Provenienzforschung in der Landestelle für die nichtstaatlichen Museen
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 17/3652

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 1 Stelle für Provenienzforschung im Zentralinstitut für Kunstgeschichte
(Kap. 15 75 Tit. 428 01)
Drs. 17/3653

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche BAföG-Mittel in die Hochschulen investieren:
Aufstockung der Grundfinanzierung und des Studienplatz-Ausbauprogramms
(Kap. 15 06 TG 86 und neue TG)
Drs. 17/4072

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kostenreduzierung der Zeitschrift „aviso“
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/3813

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anschubfinanzierung für Stiftung „Kulturerbe Bayern“
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3814

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3815

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des Netzwerks Bayerischer Städte STADTKULTUR
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/3816

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/3817

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Mittel für Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/3818

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung Lehrstühle Allgemeinmedizin Bayern
(Kap. 15 18 Tit. 682 01,
Kap. 15 22 Tit. 682 01)
Drs. 17/3819

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/3820

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Stellen für die Hochschule für angewandte Wissenschaften – Fachhochschule Landshut
(Kap. 15 38 Tit. 422 01 und 428 01 und TG 78)
Drs. 17/3821

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Technischen Hochschulen
(Kap. 15 49 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/3822

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Technologiecampus Ansbach
(Kap. 15 34 Anlage S)
Drs. 17/3823

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bedarfsgerechte Finanzausstattung für das Glasmuseum Frauenau
(Kap. 15 70 Tit. 429 81, 517 81, 531 81, 536 81, 546 81 und 812 81)
Drs. 17/3887

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
(Kap. 15 03 Tit. 427 90)
Drs. 17/3865

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/3866

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Orchester
(Kap. 15 05 Tit. 685 75)
Drs. 17/3867

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/3868

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
Drs. 17/3869

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/3870

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/3871

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zuschüsse an die bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/3872

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern: Koordinierungsstelle Genderforschung in Bayern
(Kap. 15 07 neue TG)
Drs. 17/3873

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sanierung von Gebäuden der Universität Erlangen-Nürnberg
(Kap. 15 19 Anlage S neuer Tit.)
Drs. 17/3874

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: 1.000 zusätzliche volle Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten
(Kap. 15 28 Tit. 428 01)
Drs. 17/3875

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
Drs. 17/3876

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 17/3877

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Stellen für Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen
(Kap. 15 70 Tit. 422 01)
Drs. 17/3878

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern
(Kap. 15 74 TG 74 und neuer Tit.)
Drs. 17/3879

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
Drs. 17/3880

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Ausgaben für Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/3907